

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brabellstr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 21

Berlin, den 24. Mai 1930

5. Jahrgang

Wirtschafts- und Sozialreaktion die Krisenursache.

Die deutschen Wirtschafts- und Sozialreaktionäre fühlen sich gegenwärtig so richtig in ihrem Element. Die Wirtschaftskrise und das Arbeitslosenelement ermöglichen ihnen eine gewinnbringende Tätigkeit. Mit Brutalität schröpfen sie die Allgemeinheit durch Erhöhung der Zölle, heuten sie die Not aus und erpressen aus der Arbeiterschaft durch Lohnbruch neue Opfer. Alle verfügbaren Möglichkeiten nützen sie aus. Das Wehe von Millionen wird zum Wohl von Tausenden. Dabei leistet die bürgerliche Presse noch Helfersdienste, in einer Art, die frivoler nicht sein kann. Sie heuchelt, daß es keine Art hat. In ihren Spalten jammert die Landwirtschaft, klagt die Industrie, heult das Handwerk, schimpft das Gewerbe, zeternd die Banken. O, wie schlecht geht es denen allen, wenn man das liest, und wie ermahnen sie zur Sparsamkeit, zur Einsparung und zum Haushalten. Diese Mahnung gilt stets nur für die Armen. Die Reichen lehnen sich nicht daran. Die deutschen Geldleute, die in der größten Wirtschaftskrise auch ihre Geschäfte machen, bevölkern die Schlemmerorte und Spielhöllen an der Riviera, die Luxusstädter in der Schweiz und Italien. Die Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung stellt das in folgender Weise fest: „Der Ausländer erhält einen Begriff, wenn er in Fremdenorten, Lugano oder Locarno, die Invasion deutscher Ferienortler betrachtet, die oft einen Luxus entfalten, der Gütern aus sogenannten Siegerstaaten nicht möglich ist. Kein Franzose knallt in unseren Fremdenorten so mit den Geldstücken wie deutsche Kapitalisten.“ Also in der Schweiz fallen die reichen Deutschen durch ihr proziges Verhalten auf. Dort lassen sie sich keine Not anmerken, dort geben sie sich, wie sie sind. Das Verhalten zeigt uns aber auch, wie sie zuhause schwindeln, wenn sie von schlechten Zeiten reden und klagen. Man braucht nicht einmal die deutschen Geldleute in fremden Ländern zu beobachten, wer daheim die Augen aufmacht, sieht die Gruselerei von ihrer angeblichen Not auch persönlich. Die Besitzenden lügen, wenn sie öffentlich über Not klagen. Wie sie leben und wie es ihnen geht, kann man täglich nicht nur in den Modebüchern, sehen. Ein paar Beispiele, was es mit der angeblichen schlechten Zeit auf sich hat: Kinobesitzer — es können auch Namen genannt werden — sind in der Lage, in einem Jahr für die Familienmitglieder Mann, Frau und Tochter je ein Auto anzuschaffen. Schlächter und Bäcker, die ihr Geschäft verstanden, waren in der Lage, seit 1925 Häuser, Autos und Landbesitz aus eigenen Mitteln zu erwerben. Gewerbetreibende, Handwerker, freie Berufe, Industrielle, Großagrarien, Bankleute sind keineswegs ärmer geworden, sie machen mindestens im Jahr eine Italienreise, meist im eigenen Auto, besuchen die Schweiz und Ägypten. Ihre Sonntagsfahrten an den Rhein oder zur Tulpenzucht nach Holland gehören zum guten Ton. Ausgaben werden dabei gemacht in einer Höhe, die es einem Arbeiter gestatten würden, wochenlang davon zu leben. Sie kommen nicht zu kurz die Reichen und ihre Beiträge in dunkle Kassen haben auch noch nicht zu fliehen aufgehört. Wenn sie wochentags an ihren Kassen stehen, da klagen sie Stein und Bein, da beneiden sie Arbeiter, da werden sie von Steuern erdrückt; aber wenn sie verreisen, da spielen große Geldscheine keine Rolle. Und wenn sie dann unter sich sind, schimpfen sie letzten Endes noch über die faulen Arbeitslosen und die begehrlischen Arbeiter, die ihnen den Reichtum schaffen.

Ja, es ist eine nette Gesellschaft, die da mogelt, heuchelt und spottet, die den Staat und die Allgemeinheit bewuchert und ausplündert, die täglich den Ruf nach Sparsamkeit, nach Sozialreform, nach Zollerhöhung, nach Subventionen, nach Kapitalzuschüssen läßt und die sich moralisch entrichten, wenn sich einmal ein Arbeitsloser ein kleines Vergeben zuschulden kommen läßt. Die den Besitzenden willfährige Presse tut dann so, als ginge das Reich und die Wirtschaft daran zugrunde. Die ganze Sozialpolitik taugt dann nichts, größte Einschränkung bei ihr auf der ganzen Linie ist dann die Forderung des Tages. Dabei ist doch das soziale Elend so groß in Deutschland. Nach den Feststellungen des Reichsarbeitsministers sind 4,2 Millionen Arbeitslose (darunter, wie auch bei den anderen Positionen, die unterstützungsberechtigten Familienangehörigen), 3,8 Millionen Rentner aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung, 3,4 Millionen Kriegsbeschädigte, 1,5 Millionen verarmte Wohlfahrtspfleglinge, 1 Million Unfallrentner und 1 Million Pensionäre vorhanden. Abzüglich der Doppelzahlungen verbleiben insgesamt 12 Millionen Personen, die auf öffentliche Mittel angewiesen sind. Wer kann die Summe von Elend, Not und Herzeleid ermessen, die in diesen Zahlen enthalten ist? Wohl kein Mensch.

Aber es sieht die Sozialreaktion und ihren Trost in keiner Weise an. Er größer das sozialbedrückter Menschen wird, desto lauter ertönt ihr Schrei nach Kürzung der Unterstützung und nach „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung, nach Umänderung der Krankenversicherung, nach sozialpolitischem Rückschritt und Abbau, nach Herabsetzen der Löhne, nach Einschränkung der Rechte der Arbeiter. Vorstöße über Vorstöße werden unternommen und alles geht darum, einer kleinen Schicht Besitz und Mammon zu sichern, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Millionen Armen.

In den Betrieben, Werkstätten, Fabriken, Gruben geht es toll zu, Meister werden gehetzt, Arbeiter angetrieben und geschunden, Mehrlohn abgebaut, Akkorde geändert, Tarife mißachtet, Entlassung und Stilllegung angebroht, Leistungen gesteuert. In dieser Beziehung herrscht Diktator-

junktur. Das ist ein Hasten und Jagen, ein Hängen und Würgen, ein Tun und Treiben, als gelte es, die Wirtschaft zu retten. Dabei wird sie immer kränker. Alle veralteten kapitalistischen Mittel und Vorschläge bringen keine Hilfe mehr und je schlimmer es wird, desto mehr rufen die Unken. Man stelle sich vor, wir haben gegenwärtig eine Dreiviertelmillion Arbeitslose mehr als im Vorjahr, und zwar insgesamt etwas über zwei Millionen zur Untätigkeit Verteilte, und das im Frühjahr beim Saisonbeginn einer Anzahl Berufe. Das ist ein Zeichen, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise außerordentlich große Fehlerquellen und Mängel hat.

Als sonderlich muß man es bezeichnen, daß die Fehlerquellen nicht etwa gesucht und beseitigt werden. Das Hauptübel der deutschen Wirtschaft ist der ungenügende Absatz. Das weiß jedes Kind. Nun wird nicht etwa versucht, den Absatz zu erweitern, nein, man tut das Gegenteil. Über zwei Millionen Arbeitslose sind schon infolge ihrer ganz geringen Kaufkraft schlechte Abnehmer, die Kurzarbeiter desgleichen; nun werden in den arbeitenden Betrieben auch noch die Löhne gedrückt, so daß die Kaufkraftbasis immer enger und kleiner wird und immer mehr Waren nicht abgesetzt werden können. Ferner haben die Zulieferungen und Steuermaßnahmen der Brüning-Regierung auch zur Folge, daß weniger gekauft werden kann, weil die Lebensverhältnisse allgemein verteuert wurden. Auf diese Weise verschärft sich die Absatzkrise zusehends, die Betriebe haben immer weniger Aufträge, sie werden stets unrentabler und die Auswirkung muß zu weiteren Entlassungen führen. Das Arbeitslosenelement häuft sich und die Wirtschaftskrise findet kein Ende. Wir kommen deshalb nach den Vorschlägen der Scharfmacher nicht aus der Sackgasse heraus, sondern nur tiefer in die wirtschaftliche Misere hinein. Selbstverständlich spielen auch andere Vorgänge in das Wirtschaftsgetriebe mit hinein, aber

auch sie haben bisher nicht dazu beigetragen, den geminderten Absatz durch irgendwelche Maßnahmen anzuregen. Deshalb muß man zu der Auffassung kommen, daß die wirtschaftlichen Nöte mit Umsicht herbeigeführt wurden, um auf diese Weise die Arbeiterschaft kleinzuhalten und gefügiger zu machen. Die Macht der organisierten Arbeiterschaft soll gebrochen werden. Darauf haben es die Drahtzieher der Sozialreaktion in der deutschen Wirtschaft und in der deutschen Politik abgesehen. Das ist ihr Ziel. Dafür müssen Millionen Menschen gegenwärtig leiden, dulden und opfern. So ist es immer in Notzeiten, wenn die Unternehmer mit Arbeitskräften in überreichlichem Maße versehen sind, dann entfalten sie ihre Kampfstrategie und benützen den Hunger als Druckmittel. Er zerfrisst, zermürbt und zersprengt die festen Reihen der Arbeiterschaft und läßt den Radikalismus ernten. Aber ewig kann es so nicht weitergehen. Die organisierte Arbeiterschaft weiß, daß sich die Zustände wieder zu ihren Gunsten ändern und daß auch sie wieder ihre Forderungen durchsetzen wird. Bisher zeigte die organisierte Arbeiterschaft, daß sie sich gegen die Sozialreaktion zu wehren weiß, sie wird das auch weiterhin tun, allen Reaktionsmächten zum Trost.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Auffassung ausspricht, daß die Wirtschafts- und Sozialreaktion in Deutschland an dem gegenwärtigen Wirtschaftselend mit schuld ist. Ihre Maßnahmen und ihr Kampf sind Ursachen unserer Krise mit. Wenn sie noch eine Zeit Wirkungsmöglichkeit hat und weiter so in Pessimismus macht, können wir sicher sein, daß die deutsche Wirtschaft nicht zu bald in flotten Gang gebracht wird. Die Reaktion ist schon nachdem Staate zum Verhängnis geworden, hoffentlich wird nicht auch die Wirtschafts- und Sozialreaktion das Verhängnis Deutschlands.

Abbau bei der Arbeitslosenversicherung geplant.

Die deutsche Wirtschaft ist gegenwärtig nicht mehr in der Lage, den auf Arbeit angewiesenen Personen Erwerbsmöglichkeiten zu bieten. Am 15. März feierten zwangswise 2.540.000, am 15. April 2.162.000 und am 30. April noch 2.081.000 Menschen, die erhalten werden müssen. Die Mittel, die die noch Arbeitenden und die Unternehmer zu gleichen Teilen dafür aufbringen, reichen nicht aus, um die Ausgaben zu decken, deshalb muß das Reich zuschießen. Da das Reich jedoch lieber Ausgaben für den Wehretat und für die angeblich notleidenden Großagrarien, jedoch ungern für die Arbeitslosen macht, heißt es sparen und zwar sparen bei der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung beauftragte deshalb die Leitung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ein Gutachten auszuarbeiten, wie gespart werden kann. Das Gutachten hat nun der Vorstand der genannten Stellen durchgearbeitet und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Die freien Gewerkschaften machten selbstverständlich auch Vorschläge und zwar dahin: Beitragserhöhung auf 4 v. H. — aber nur wenn keine Verschlechterungen beschlossen werden, und ein Notopfer der Bessersituiereten. Diese Vorschläge wurden abgelehnt. Dagegen beschlossen: Beitragserhöhung auf 4 Prozent, Zahlung der Sätze der Krisenunterstützung für die Arbeitslosen, die nicht 52 Wochen Awaitingkraft erreicht haben, Familienzuschläge bleiben. Der Antrag fand mit 10 gegen 6 Stimmen Annahme. Die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvertreter stimmten mit dafür. Mit der Durchführung dieses Beschlusses sollen 65 Millionen Reichsmark gespart werden.

Beschlossen wurde ferner gegen die freien Gewerkschaften die Beseitigung der Unterstützung für Jugendliche bis zu 17 Jahren, womit 12 Millionen eingespart werden sollen. Weitere 8 Millionen will man dadurch ersparen, daß beim 65. Lebensjahr der Anspruch auf Unterstützung erlischt. Sechs Millionen will man einsparen, indem man die 13 Beitragswochen, die bisher bereits zum Bezug der Krisenunterstützung berechtigten, nicht mehr in die für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung notwendige Anwartschaftszeit anrechnen lassen will.

Das Nechenelement für die Neufinanzierung des Arbeitslosenschutzes würde sich also folgendermaßen gestalten: Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer von 1,5 Millionen ein Kostenaufwand von 1550 Millionen Reichsmark. Bei 3 1/2 Proz. Beitrag ein Aufkommen von 1015 Millionen. Durch Erhöhung des Beitragsjahres auf 4 Proz. eine Mehreinnahme von 140 Millionen. Reichszuschuß 200 Millionen, Einbeziehung des langfristigen Arbeitsverträge vorliegender — ein Erfolg der freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen im Vorstand. — 15 Millionen und Abwälzung der Verwaltungskosten der Krisenunterstützung auf das Reich 10 Millionen. Dazu die bereits angeführten Einsparnisbeiträge. Das alles zusammen würde eine Summe von 1476 Millionen ergeben. Es würden also immer noch rund 100 Millionen fehlen.

Auf Drängen der freien Gewerkschaften wurde der Ausbau der Krisenunterstützung und die Übernahme des Gemeindefinanziers der Krisenunterstützung auf das Reich beschlossen, und zwar soll sich die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die hausgewerblichen Berufe erstrecken. Die Bezugsdauer der Krisenunterstützung soll auf die Dauer der Arbeitslosigkeit er-

streckt werden. Diese Forderung der freien Gewerkschaften wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

Daraus geht hervor, daß die Reichsregierung sich nicht mit dem Datum der Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung belasten will, sondern daß sie diese Belastung der Reichsanstalt selbst überläßt.

Die Regierung-Brüning-Stegerwald kommt deswegen keineswegs um die Verantwortung herum, diese muß sie tragen, wenn es ihr auch schwer fällt. Sollte sie die Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt anerkennen, dann können sich die christlichen Arbeitermassen schon heute bei ihren Vertrauensleuten in der Regierung bedanken, die ihnen nicht nur die Zoll- und Steuerlasten mit aufhalten, sondern nun auch zur Verschlechterung des Loses der Arbeitslosen mit beitragen werden.

Von den neuen Maßnahmen würden vor allem die Saisonarbeiter, also unsere Zieglerkollegen und die Bauarbeiter betroffen werden. Die Einreihung in die Krisenunterstützung würde nach den Erhebungen des Vorjahres und im Vergleich dazu 74,2 Prozent der Hauptunterstützungsempfänger treffen, denn im Vorjahre hatten nur 25,8 Prozent der Hauptunterstützungsempfänger eine Beitragszeit von 52 Wochen zurückerlangen können.

Die Saisonarbeiterschaft erwartet also, wenn die Beschlüsse Wirklichkeit werden, eine sehr harte Zeit, sie werden außerordentlich schwer getroffen.

Gesetzliche Betriebsvertretungen in ausländischen Staaten.

Der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie und der Betriebsdemokratie hat nach dem Kriege in den verschiedenen industriellen Ländern der Welt eine immer größere Ausdehnung erfahren. Obgleich ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft in zahlreichen Ländern durch tarifvertragliche Vereinbarungen geschaffen wurde, besteht eine gesetzliche Regelung und Anerkennung dieses Mitbestimmungsrechts nur in Deutschland, Oesterreich, Luxemburg, Norwegen, Rußland und der Tschechoslowakei. In Italien sieht die faschistische Arbeitsverfassung (Carta di lavoro) die Möglichkeit vor, die Einrichtung von Betriebsvertretungen tarifvertraglich zu vereinbaren.

In Japan liegt dem Parlament ein Gesetzentwurf vor, der die Einrichtung von Betriebsausschüssen in allen Fabriken und Bergwerken, die mindestens 100 Arbeiter beschäftigen, vorsieht. Auch in China hat die Nankingregierung in dem von ihr aufgestellten Gesetzentwurf über die Fabrikarbeit die Einrichtung von Betriebsräten beabsichtigt. Zweifellos entspringt das Versprechen eines Mitbestimmungsrechts im Betriebe durch die chinesische Regierung der sozialen Revolution, die sich zur Zeit dort abspielt. Inwieweit eine Verwirklichung dieses Gedankens möglich ist, bleibt abzuwarten. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. bereits im sturmbelegten Jahre 1918 ein Gesetzentwurf zur Einführung von Arbeiterausschüssen vorgelegen hat, der indessen nie zur Beratung gekommen ist.

Das österreichische Gesetz ist am 15. 3. 1919 ergangen. Es stimmt weitgehend mit dem Ausbau und den Vorschriften des deutschen Betriebsrätegesetzes überein, und man darf sagen, daß es in vielen Punkten dem deutschen Gesetz als Vorbild gedient hat. Allerdings ist das deutsche Gesetz

teilweise weitergehend, insbesondere in bezug auf die Einspruchsklage. In Oesterreich können die Betriebsräte die Kündigung oder Entlassung eines Arbeiters oder Angestellten nur mit der Begründung anfechten, daß sie aus politischen Gründen im Zusammenhang mit der Arbeit als Mitglied des Betriebsrates oder des Koalitionsrecht Gebrauch gemacht hat. Als wichtige Abweichungen vom deutschen Gesetz sind folgende Tatsachen bemerkenswert: Auf Verlangen des Betriebsrates ist der Unternehmer verpflichtet, mündliche gemeinsame Beratungen über grundsätzliche Fragen der allgemeinen Betriebsführung abzuhalten. Ferner können die Betriebsräte nach Maßgabe ihrer Mittel Einrichtungen für die Wohlfahrt der in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer treffen oder an solchen teilnehmen. Eine Absetzung von Betriebsratsmitgliedern steht dem österreichischen Gesetz nicht vor. Die Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung darf nur mit Zustimmung des Eingangsamtes erfolgen. Sehr beachtlich ist im österreichischen Gesetz auch das Bestreben, die Gewerkschaften einzuschalten. Selbstverständlich hat der Tarifvertrag, sofern ein solcher besteht, den Vorrang vor betrieblichen Vereinbarungen, wie dies bekanntlich auch in Deutschland der Fall ist.

In Luxemburg wurde die Errichtung von Arbeitersausschüssen in gewerblichen Betrieben durch einen Beschluß vom 26. Juli 1920 angeordnet. Danach muß in allen gewerblichen Unternehmungen, in welchen regelmäßig wenigstens 15 Arbeiter beschäftigt sind, ein ständiger Arbeitersausschuß errichtet werden. Die Ausschüsse werden auf zwei Jahre gewählt. Sie haben die Aufgabe, das Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten zu fördern, bei der Festsetzung von Akkord- und Stücklöhnen, des Erholungsurlaubs, bei Lehrlingsfragen, bei der Aufstellung von Tarifverträgen, sowie der Arbeitsordnung, bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, sowie bei der Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und ihren Vorgesetzten mitzuwirken. Der Ausschuß ist ferner befugt, dem Arbeitgeber mit beratender Stimme in Fragen der allgemeinen Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten (Werkwohnungen, Betriebsanstalten, Pensions- und Unterstützungs-kassen) zu unterstützen. Kündigungen und Maßregelungen, die gegen Arbeiter verhängt werden, müssen dem Ausschuß unter Angabe der Gründe zur Kenntnis gebracht werden. Desgleichen Entlassungen ohne Kündigung. Auf Beschluß des Ausschusses, der mit 2/3 Stimmenmehrheit gefaßt werden muß, wird der Fall dem Friedensgericht unterbreitet. Fällt das Urteil zuungunsten des Arbeitgebers aus, so ist dieser verpflichtet, dem Arbeiter den Lohn für die Dauer der ortsüblichen oder durch die Arbeitsordnung vorgesehenen Kündigungsfrist zu zahlen. Mitglieder der Arbeitersausschüsse dürfen nicht wegen Handlungen entlassen werden, die aus der Ausübung ihres Amtes als Ausschußmitglieder herrühren, es sei denn, daß diese Handlungen schwere Vergehen gegen die Arbeitsordnung bilden.

In Norwegen sind durch das Gesetz vom 23. Juli 1920 in gewerblichen Betrieben, die in der Regel mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigen, Ausschüsse zu errichten, wenn mindestens 1/4 Arbeiter des Betriebes dieses verlangen. Die Wahl gilt für ein Jahr. Der Arbeitersausschuß hat sich mit den Angelegenheiten des Betriebes zu befassen, und insbesondere zu betrieblichen Änderungen, soweit sie die Arbeitsverhältnisse betreffen, Stellung zu nehmen und mitzubestimmen bei der allgemeinen Lohnbestimmung, der Festsetzung von Akkordsätzen, der Arbeitszeit, der Ueberzeitarbeit, Anordnung der Arbeit bei eingeschränktem Betrieb, Festsetzung des Urlaubs und anderer Arbeitsbedingungen, sofern nicht durch unmittelbare Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter und den betreffenden Arbeitnehmern eine Vereinbarung erzielt worden ist, ferner bei der Aufstellung der Arbeitsordnung, ihrer Ergänzung oder ihrer Abänderung bei der Errichtung oder Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten usw. Bevor der Arbeitgeber über eine der vorgenannten Fragen einen Beschluß faßt, muß er den Arbeitersausschuß hören und mit ihm beraten. Wenn hierzu infolge schwieriger Umstände ausnahmsweise keine Gelegenheit war, hat er die von ihm getroffene Entscheidung und seine Gründe hierfür baldmöglichst dem Ausschuß zur Kenntnis zu bringen. Der Ausschuß ist berechtigt und auf Verlangen eines Beteiligten verpflichtet, sich mit Streitigkeiten, an denen ein Arbeiter beteiligt ist und die sich auf die Arbeitsverhältnisse im Betrieb beziehen oder die eine Entlassung des Arbeiters oder die Kündigung seines Dienstverhältnisses zur Folge haben, zu befassen und auf deren Beilegung hinzuwirken. Auf Verlangen einer öffentlichen Behörde ist der Ausschuß verpflichtet, Gutachten über die Arbeitsverhältnisse im Betrieb abzugeben. Die Arbeitersausschlußmitglieder dürfen nicht entlassen werden, wenn nicht sachliche Gründe dafür vorliegen.

In der Tschechoslowakei wurde durch Gesetze vom 25. Februar 1920 und vom 12. August 1921 eine gesetzliche Betriebsvertretung für die Arbeitnehmer in Industrie und Bergbau geschaffen. Die Errichtung eines Betriebsausschusses hat zu erfolgen in Betrieben mit mindestens 30 Arbeitnehmern (im Bergbau 20). Die tschechischen Gesetze haben mit dem deutschen und österreichischen Gesetz vieles gemeinsam. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, über die Einhaltung der Lohn- und Arbeitsverträge, sowie der Arbeitsordnung zu wachen, beim Abschluß von Arbeitsordnungen mitzuwirken und, sofern Tarifverträge nicht bestehen, die betrieblichen Arbeitsbedingungen zu regeln. Sie haben bei Masseneinstellungen von Arbeitnehmern, aus Gründen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen, sowie bei einzelnen Arbeitnehmern, die länger als drei Jahre im Betrieb tätig sind, mitzuwirken. Ueber den Einspruch entscheidet eine Schiedskommission (Schlichtungsausschuß). Im Falle der unberechtigten Entlassung ist eine Entschädigung vorgesehen. Für Gesellschaftsunternehmungen, deren Grundkapital mindestens 1 Mill. Kronen beträgt, hat der Betriebsausschuß das Recht, in die Sitzungen des Aufsichtsrats Berichtersatzung über den Stand des Betriebes, Vorlegung der Bilanzen usw. vor. Mitglieder des Betriebsausschusses dürfen nur mit Zustimmung der Schiedskommission entlassen werden.

In Rußland ist nach dem Gesetz vom 26. Februar 1926 in jedem staatlichen, genossenschaftlichen oder privaten Unternehmen mit mindestens 25 Arbeitern oder Angestellten ein Betriebs- oder Orsansschuß zu errichten. In Unternehmungen mit weniger als 25 Arbeitern und Angestellten wird ein gewerkschaftlicher Bevollmächtigter gewählt. Die Ausschüsse sind Organe der Gewerkschaften. Wählbar sind nur Gewerkschaftsmitglieder. Der Betriebsausschuß hat die Aufgabe der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten, die Befriedigung ihrer Lebens- und Arbeitsbedürfnisse, den Schutz der Arbeiter, und zusammen mit der Betriebsleitung die Erörterung von Fragen, die die Einrichtung des Betriebes betreffen. Er bezieht sich am Abschluß des Tarifvertrages, er achtet auf rechtzeitige Lohn- und Sozialversicherung der Versicherten über Arbeiterschutz und Sozialversicherung und sorgt für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse. In die Anordnung der Betriebsleitung darf er sich nicht einmischen, jedoch hat er die Aufgabe, an der Erörterung aller wichtigeren Fragen des Betriebslebens teilzunehmen und in Werkstättenversammlungen und Betriebskonferenzen die Belegschaft mit dem Gang und der Lage des Betriebes bekannt zu machen.

Es ist nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Artikels eine rechtsvergleichende Darstellung über die Bedeutung und den Wert eines jeden einzelnen dieser Gesetze zu geben. Wichtig bleibt die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe industrieller Länder das betriebliche Mitbestimmungsrecht gesetzlich geregelt ist. In mehr oder weniger großem Umfang zeigt sich auch eine gewisse Einbettung bezüglich der Wahl der Aufgaben, des persönlichen Kündigungsschutzes der Mitglieder von

Weltchau der Hygiene.

Von Fritz Hansen, Berlin-Dankwitz.

Ein Gebiet, so groß, daß es das ganze Leben umfaßt, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, wird die Internationale Hygiene-Ausstellung zum Gegenstand ihrer Schau machen. Die Belehrung des Volkes auf gesundheitslichem Gebiete ist die Aufgabe dieser groß angelegten Ausstellung, deren Kern das jetzt vollendete deutsche Hygiene-Museum bildet.

Wenn aber die Kreise derjenigen aufgezählt werden, die auf hygienischem Gebiete für die Belehrung des Volkes wirken, dann stehen die Drogisten mit an erster Stelle und deshalb verlohnt es sich, auf die eigenartige Organisation dieser Weltchau näher einzugehen.

Das deutsche Hygiene-Museum, dessen Werkstätten und Schauräume vollendet sind, ist ein Zweckbau im größten Ausmaß, der aber durch seinen organischen Aufbau und die Verwendung von Granit an hervorragenden Stellen imponiert wirkt. Das Museum enthält die umfangreichen Sammlungen, zum Teil bekannt durch Wanderausstellungen im In- und Auslande, die alle Gebiete der Hygiene umfassen, aber außerordentlich viel Neues an Material, Modellen, Apparaten usw. ist hinzugekommen. Insbesondere sind die Werkstätten allen Anforderungen neuester Arbeitshygiene entsprechend ausgestaltet. In ihnen sind Hunderte von Wissenschaftler, Photographen, Techniker usw. beschäftigt, um das neue Material fertigzustellen und ganze Museen aus diesen Werkstätten versorgen zu können. Die Anordnung des Ausstellungsmaterials innerhalb der Gruppen wurde nach der Materie und nach Ausstellern vorgenommen. Die Person mußte hinter dem Schauffuß zurücktreten. Nur dadurch ist es möglich, eine plastische Lehre der Gesundheitspflege zu schaffen. Innerhalb der Ausstellung sind drei große Gruppen geschaffen. Die Abteilung: Der Mensch, die Wissenschaftliche Abteilung, die Völkerverständliche Abteilung. Am die Wissenschaftliche Abteilung gruppieren sich die einzelnen Ausstellungshallen, in denen Industrie und Technik ihre Schöpfungen zeigen. Reich, Stadt, Provinz, Landkreise, Städte einzelne Fachgruppen, Versicherungsträger, Vereine und Verbände sind mit reichem Anschauungsmaterial vertreten: Allgemeine Körperpflege, die Frau in Familie und Beruf, das Kind, Veibesübungen, Arbeitshygiene, seelische Hygiene, Lebensmittel, Überalbe und Gesundheit, Kleidung, Wohnung, Schädlingbekämpfung, Desinfektion. Eine Sonderchau: Das Krankenhaus, veranstaltet von der Stadt Dresden, wird moderne Einrichtungen vorführen.

Die dritte Hauptgruppe wird von der Ausstellung der Nationen gebildet. Einige zwanzig ausländische Staaten werden sich beteiligen, ebenso die Hygieneexposition des Völkerbundes und das Internationale Arbeitsamt.

Von der Vielseitigkeit des Gebotenen erhält man eine Vorstellung, wenn man hört, daß z. B. das Reich einen Ueberblick über die Entwicklung des Gesundheitswesens gibt. Die einzelnen deutschen Staaten sind mit den verschiedensten Zweigen ihrer Gesundheitspflege vertreten, die Städte bringen ein reiches Material aus ihren hygienischen Anstalten und Einrichtungen, die industriellen und technischen Erzeugnisse umfassen etwa 70 Spezialgebiete.

Für dieses Riesenunternehmen ist auch eine entsprechende Organisation geschaffen, der alle führenden Vertreter der wissen-

schaftlichen und praktischen Hygiene, der Industrie und Technik angehören. Nach Professor Dr. Gumpel wurde die Volksbildungsbewegung von der Wissenschaft nicht nur kritisiert, sondern auch geliebt. Gerade aus dem Gebiete der Hygiene haben Forscher und Gelehrte von anerkanntem Ruf schon frühzeitig die Notwendigkeit der Volksbelehrung erkannt und erfüllt. Es ist eine besondere Eigentümlichkeit des deutschen Geisteslebens, daß sich die Universitäten und Hochschulen seit jeher bemühen, nicht nur Städten der Forchung, sondern auch der Lehre zu sein. Infolge dieser Doppelaufgabe ist der deutsche Wissenschaftler gewohnt, daß er in seinen Vorträgen und Demonstrationen sich ganz verschieden verhalten muß, je nachdem er im engen Kreis wissenschaftlicher Fachgenossen eigene Forschungsergebnisse darlegt und verteidigt oder vor seinen Studenten den gegenwärtigen Stand der Lehre entwickelt. Auch von der Seite der Wissenschaft betrachtet, gelangt man zu dem Schluß, daß enge Beziehungen zwischen der Wissenschaft und der geplanten Hygieneausstellung bestehen. Der Wissenschaftler hat zu bedenken, daß die Besucher einer Ausstellung keine Studenten sind, die alles lernen und eine Prüfung ablegen wollen, sondern Personen, deren Interesse und Aufnahmefähigkeit erst geweckt, manchmal erschlichen werden muß. Solche Wirkung vermag nur die verständnisvolle Zusammenarbeit von Wissenschaftlern mit bewährten Künstlern zu erreichen. Diese Grundzüge der Belehrungsmethodik großer Volkskreise hat Singer bereits gebührend erkannt und in der weltberühmten Hygiene-Ausstellung des Jahres 1911 mit den damaligen Mitteln in vorbildlicher Weise verwirklicht. Auch die kommende Ausstellung wird in diesem Sinne wie ein anschauliches Lehrbuch und Bilderbuch feststehen.

Erscheint die Wissenschaft als der gebende Teil, so darf nicht übersehen werden, daß auch die Ausstellung ihrerseits der Wissenschaft manche Nutzen zu bringen vermag. Obwohl die Hygieneausstellung sich nicht an den Spezialforscher, sondern bewußt an die breiten Volksschichten wendet, kann sie auch dem Wissenschaftler Anregungen bringen. Die Wissenschaft ist ebenso wie die Kunst international und deshalb ist die Hygieneausstellung für die Hygiene eine internationale Ausstellung auf deutschem Boden. So wertvoll und willkommen der Nutzen ist, den die Ausstellung für die Hygiene als Wissenschaft bringen kann — noch wichtiger und unmittelbarer vorbringlicher ist aber der erstrebte Gewinn für die Hygiene als Pflege der Gesundheit. Fast alle öffentlichen Maßnahmen sind auf die Dauer nur dann erfolgreich, wenn der einzelne kraft eigener Kenntnisse aus einem passiv Befürsorgten zu einem aktiven, sich selbst verantwortlich fühlenden Wächter und Wehrer seiner Gesundheit wird. Daher stellt die Hygieneausstellung die persönliche Hygiene in den Vordergrund. Es gilt eine gesundheitsgemäße Lebensführung auf rationaler Basis mit der geringsten wirtschaftlichen Belastung zu erreichen, Hygiene ist die Lehre von den besten Lebensbedingungen. Die Ausstellung also wird überall zu zeigen haben, wo das Optimum, das Bestmögliche liegt, wie es in uns und außerhalb von uns zu erreichen ist.

Wie groß das Interesse ist, das der Ausstellung entgegengebracht wird, geht daraus hervor, daß in ihrem Rahmen nahezu 140 Kongresse der verschiedenen Berufsgruppen stattfinden.

Betriebsvertretungen usw. Wichtig ist auch die Tatsache, daß in den meisten Gesetzen der Tarifvertrag mehr oder weniger vor die betriebliche Vereinbarung gesetzt ist. Wie die betrieblichen Arbeitervertretungen sich auch entwickeln mögen, sie sind nur denkbar auf der Grundlage starker Gewerkschaften, die durch den Abschluß von Tarifverträgen den wichtigen und unerlässlichen Rahmen für das Wirken der Betriebsvertretungen schaffen.

Festsetzung von Entgelttarifen durch Sachausschüsse.

Der Reichsarbeitsminister kann nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen und anderer Berufsvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Zustimmung des Reichsrats für bestimmte Gewerbegebiete und Gebiete die Errichtung von Sachausschüssen beschließen. Soweit der Reichsarbeitsminister die Errichtung nicht beschließt, kann die Errichtung auch von der in Frage kommenden obersten Landesbehörde vorgenommen werden.

Ist ein Sachausschuß errichtet, so kann er zur Festsetzung von Entgelten für die Heimarbeiter in seinem Geltungsbereich entweder aus sich heraus oder auf Antrag tätig werden. Er kann dann tätig werden, wenn in seinem Bezirke den Hausarbeitern unzulängliche Entgelte gezahlt werden und eine Verständigung zur Herbeiführung erträglicher Entgelte nicht erzielt worden ist, und er hat weiter die Aufgaben der Schlichtungsausschüsse im Sinne der §§ 20 bis 30 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu erfüllen.

Anträge auf Einreichung eines Verfahrens zur Schaffung von Entgelttarifen können die im Bezirke des Sachausschusses bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stellen. Der Vorsitzende des Sachausschusses ist bei eingebrachten Anträgen verpflichtet, diese Anträge auf die Tagesordnung einer innerhalb vier Wochen einzuberufenden Sitzung zu setzen. Entgelte können festgelegt werden für solche Personen, die entweder allein oder nur mit einigen Familienangehörigen arbeiten, also Hausarbeitern. Unter gewissen Umständen können diesen Personen auch Hausgewerbetreibende gleichgestellt werden, soweit sie den überwiegenden Teil ihres Verdienstes aus ihrer eigenen Arbeit am Stand beziehen; d. h. also, wenn sie an den ihnen beschäftigten Mitarbeitern nicht mehr verdienen, als sie periodisch selbstverdientes Arbeitsentgelt empfangen.

Nach Einleitung des Verfahrens zur Entgeltfestsetzung soll möglichst auf eine jährliche Vereinbarung hingewirkt werden. Das ist der Grundgedanke, daß die freie Vereinbarung der Parteien bei der Entgeltfestsetzung der behördlichen Mindesttariffestsetzung vorzuziehen ist. Nach Möglichkeit sollen Entgelte variabel oder festgelegt werden. Wo das nicht möglich ist, sind Zeitentgelte vereinbart oder festgelegt werden, so daß dieselben der Stundenlohnberechnung im Einzelfalle zugrunde gelegt werden können.

Kann ein Tarifvertrag über die Entgelte in freier Vereinbarung zustande, so ist der Sachausschuß oder Gesamtsachausschuß berechtigt, die Bestimmungen des Tarifvertrages über die Entgelte als allgemein verbindlich zu genehmigen. Die Genehmigung kann auch dann ausgesprochen werden, wenn der Tarifvertrag noch keine überragende Bedeutung erlangt hat. Beim Tarifvertrag für die Betriebsarbeiter kann die Allgemeinverbindlichkeit erst dann ausgesprochen werden, wenn die überragende Bedeutung festgelegt ist. Man wird also den Hausarbeitern bei der Allgemeinverbindlichkeitsklärung einen besonderen Schutz zu teil werden lassen. Bei der Genehmigung hat der Sachausschuß zu bestimmen, mit welchem Zeitpunkt die allgemeine Verbindlichkeit beginnt.

Erst wenn zwischen den Tarifvertragsparteien ein Tarifvertrag über die Entgelte nicht zustande kommt oder die Bestimmungen des Tarifvertrages zur Genehmigung nicht geeignet sind, dann hat der Sachausschuß Mindestentgelte für die Hausarbeiter festzusetzen. Der Festsetzungsbeschuß muß den Zeitpunkt erkennen lassen, mit welchem der Entgelttarif in Kraft tritt.

gettarif für allgemeinverbindlich erklärt, müssen von ihm Vertreter der in Frage kommenden wirtschaftlichen Vereinigungen gebildet werden. Ueber diese Auffassung besteht teilweise Streit, z. B. wird die Auffassung vertreten, daß, nachdem dem Sachausschuß bereits Vertreter der Beteiligten angehören, es nicht notwendig ist, daß vor der Allgemeinverbindlichkeitsklärung noch besondere Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen gebildet werden. Es sei denn, es wird ausdrücklich gewünscht.

Der Genehmigungsbeschuß des Sachausschusses betr. der Allgemeinverbindlichkeitsklärung eines in freier Verhandlung entstandenen Tarifvertrages oder der Festsetzungsbeschuß des Sachausschusses über die von ihm festgesetzten Entgelte ist endgültig, wenn er von dem Vorsitzenden und einem Beisitzer und zugleich von einer Zweidrittelmehrheit der Vertreter gefaßt ist. Im anderen Falle muß die Errichtungsbehörde des Sachausschusses den Beschuß bestätigen. Bei der Bestätigung kann der Zeitpunkt des Inkrafttretens der allgemeinen Verbindlichkeit hinausgeschoben werden. Unter Umständen kann die Bestätigungsbehörde die Sache an den Sachausschuß zur nochmaligen Beratung zurückverweisen.

Genehmigungsbeschlüsse und Festsetzungsbeschlüsse, die von dem Vorsitzenden, einem Beisitzer und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertreter gefaßt sind, müssen bekanntgemacht werden. Die Bekanntmachung muß den räumlichen und persönlichen Geltungsbereich und das Inkrafttreten der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages über die Entgelte oder die Entgeltfestsetzung enthalten.

Die Rechtswirkung der Entgeltfestsetzung ist, daß die endgültig genehmigten Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte und die endgültig festgesetzten Bestimmungen über Mindestentgelte die Wirkung eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages im Sinne des § 2 der Tarifvertragsverordnung vom 1. März 1928 hat.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Zweck und Form der Gründung. Die Volksfürsorge ist ein von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1912 gegründetes Versicherungsunternehmen, geschaffen, um jedem Volksgenossen, ohne Ansehen der Person, der Partei und der Religion, eine gute und billige Lebensversicherung zum Selbstkostenpreise zu bieten.

Die Gründer haben die Zweckmäßigkeit wegen und auf den Rat Sachverständiger die Form der Aktiengesellschaft gewählt, durch die Art der Bestellung der Gesellschaftsorgane aber Sicherheiten geschaffen, daß sie nicht eine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne werden kann. Auf das Aktienkapital in Höhe von 2 1/2 Millionen Reichsmark ist eine Million Reichsmark in bar eingezahlt, während für die restlichen 1 1/2 Millionen Reichsmark der Gegenwert in rechtsverbindlichen Verpflichtungen der Aktionäre vorhanden ist. Es ist je zur Hälfte von den Gewerkschaften und Genossenschaften genehmigt. Die Aktien, 1000 an der Zahl, sind zu 1000 RM (aus der Inflation gerettet) und 2000 zu 1000 RM (beschlossen im November 1927) übergeben in Händen der Gewerkschaften und Genossenschaften, dürfen nicht an der Börse gehandelt und nur mit Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat der Volksfürsorge übertragen werden. Durch diese Bestimmungen ist die Garantie gegeben, daß der gewerkschaftlich-genossenschaftliche Charakter der Volksfürsorge nicht verwischt werden kann.

Die Organe der Gesellschaft sind:
 1. Generalversammlung.
 2. Aufsichtsrat.
 3. Vorstand.
 Diese Körperschaften, je zur Hälfte von den Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften Deutschlands besetzt, entscheiden in allen wesentlichen Fragen. Diese Einrichtung gewährleistet, daß der demokratische Charakter des Unternehmens gewahrt bleibt.
 Nach dem Organisationsstatut der Volksfürsorge werden auch die örtlichen Verwaltungskommissionen, die zur Überwachung und Förderung der Rechnungsstellen gebildet

find, je zur Hälfte aus Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammengesetzt. Auch hierdurch wird der Beweis erbracht, daß die Grönder sich des demokratischen Gedankens der Volkshilfe bis in seine letzten Konsequenzen hinein bewußt gewesen sind. Es wird Sache der Genossenschaftler und Gewerkschaftler selbst sein, diesem Grundgedanken Geltung zu verschaffen, daß die Verwaltungskommissionen in der gedachten Weise bestellt werden.

Entwicklung des Verbrauchs.

Seit 1924 hat der Verbrauch an Massenverbrauchsgütern eine starke Zunahme erfahren. Dies ist insbesonders erklärlich, weil das deutsche Volk nach der Währungsstabilisierung einen außerordentlich tiefen Lebensstandard zu verzeichnen hatte. Die Zunahme des Verbrauchs, die aber seitdem zu beobachten war, hat unter dem Drucke der Wirtschaftskrise eine starke Verlangsamung erfahren. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln wird von den Einkommensschwankungen weniger be-

troffen, stärker dagegen der Absatz in Bekleidung und Dingen des Kultur- und Luxusbedarfs. Nach den Untersuchungen des Konjunkturforschungsinstituts geht der Fleischverbrauch seit Mitte 1928 zurück. Der Fischverbrauch steigt. Ueberhaupt wird die Beobachtung gemacht, daß bei guter Konjunktur der Fleischverbrauch steigt und der Fischverbrauch zurückgeht, während das umgekehrte bei schlechter Konjunktur der Fall ist. Von den Konjunkturschwankungen weniger betroffen wird der Bier- und Zigarettenverbrauch. Auch der Verbrauch an Kaffee und Tee ist nur wenigen Schwankungen unterworfen, während der Palastverbrauch ziemlich konjunkturrempfindlich ist. Der Absatz von Bier ist seit 1924 von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahre 1929 wurden 56,6, 1928 55,2 und 1927 49,7 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt. Der Verbrauch von Zigaretten und Zigarren ist seit 1925 verhältnismäßig wenig gestiegen. Von 1925 bis 1929 wurden der Reihe nach folgende Zigarettenmengen in Deutschland verbraucht (Milliarden Stück): 31,4, 28,3, 31,8, 32,7 und 33,3. Der Verbrauch an Rauchtobak steigt in Zeiten schlechter

Konjunktur, dies wohl deshalb, weil dann ein Teil der Konsumenten von der Zigarette und von der Zigarre zum Rauchtobak übergeht. Der Branntweinverbrauch entwickelte sich von 1927 bis 1929 folgendermaßen (in 1000 Hektoliter): 844, 826, 881. Wenn man den Genussmittelverbrauch einer Betrachtung unterzieht, so darf man nicht daran vorübergehen, daß die Zusammenfassung der Bevölkerung sich von Grund auf geändert hat. Die Zahl der Erwachsenden, die als Hauptkonsumenten für Genussmittel angesehen werden können, ist in den letzten fünf Jahren wesentlich gestiegen. Demgemäß kann gefolgert werden, daß der Verbrauch an Fleisch, Kaffee, Tee, Bier, Zigaretten, Tabak und Branntwein nicht gestiegen, sondern wesentlich gesunken ist. Die Absatzschwankungen in Bekleidung spiegeln am deutlichsten die konjunkturellen Schwankungen der Kaufkraft wieder. Der Absatz in der Herren- und Damenkonfektion ist im Vorjahre gesunken. Einen stärkeren Rückgang hatte die Damen- und Mädchenkonfektion zu verzeichnen. Hierin kommt der Niedergang der Konjunktur sehr deutlich zum Ausdruck.



Zur Lohnarbeitskündigung in der Weichhohlglasindustrie.

Die Lohnarbeitskündigung der Gruppen I-V der deutschen Weichhohlglasindustrie sind bekanntlich gegenseitig angekündigt worden. Nach dem Wortlaut des Kündigungsschreibens des Schutzbundes, wo es heißt: „Der Zweck der Kündigung ist, eine angemessene Anpassung der Lohnbelastung der Industrie an ihre gegenwärtige Wirtschaftslage im Hinblick auf die weiter eingetretene Verschlechterung derselben herbeizuführen u. v. m.“ besteht zweifellos die Absicht, Lohnabbau vorzunehmen. Diese Maßnahme muß um so mehr verwundern, als den Industriellen wie auch dem Schutzbund bekannt war, daß unsere Kollegen in den Betrieben dringend Lohnverbesserungen verlangen, und daß vor allem die Zeitlohnarbeiter mit ihren erreichten Verdiensten höchst unzufrieden sind.

An dieser Stelle haben wir des öfteren nachgewiesen, daß die Glasindustriellen aller Branchen getreue Vasallen des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind. Ja, sie geben sich gern zum Schrittmacher der Forderung derselben hin. Die Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt mit den Glasindustriellen aller Branchen haben bewiesen, vor allen Dingen dann, wenn es sich um Fragen der Arbeitszeit oder Lohnverbesserungen handelt, daß man gern über die Besen des Reichsverbandes in unserer Industrie noch hinausgeht.

Bekanntlich schmiedet der Reichsverband der deutschen Industrie in jedem Jahre bei seinen Frühjahrstagungen neue Parolen, die richtunggebend sein sollen für die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Wissenschaftler, die nicht Not und Sorge des Arbeiterhaushaltes kennen, helfen dabei leider noch öfters mit. Prompt werden von den Glasindustriellen in jedem Jahre diese Parolen befolgt, gleichviel, welche Wirkungen sich daraus für die Industrie und ihre Arbeiter ergeben.

Als man den großen Schlag, der Rettung der deutschen Wirtschaft durch Qualitätsarbeit brachte, wurde in jeder Verhandlung mit den Glasindustriellen Kundenlang über Qualitätsarbeit, Leistung und Lohn diskutiert; nicht widerlegt konnte uns werden, daß der deutsche Glasarbeiter einzig und allein es gewesen ist, der durch seine Arbeit der deutschen Glasindustrie am Weltmarkt die Spitzenspitze wiedergebracht hat. Später verlangte der Reichsverband einen notwendigen Abbau in der Sozialpolitik, und in diesem Jahre ist die neue These „Kapitalbildung unter allen Umständen“.

Was fragt der Großindustrielle nach der Not und dem Elend in Arbeiterkreisen, die auch bei den Glasarbeitern in den letzten Jahren reichlich Einzug gehalten hat? Volkswirtschaftliche

Erwägungen und Mannhaftigkeit schalten aus, wenn es sich im Arbeitgeberlager darum handelt, eigene Interessen zu wahren. Wie ein roter Faden zieht sich bei den jeweiligen Verhandlungen in der Glasindustrie die Frühjahrstagung des Reichsverbandes durch. Auch die zu erwartenden Verhandlungen in der Weichhohlglasindustrie werden sicher wieder reichlich mit Vorschlägen analog der des Reichsverbandes behaftet sein. Ein Erkennen, daß durch Lohnsenkung und Lohnverdrängung der Arbeitsbedingungen noch größere Inlandsmarktverengung eintritt, da die Überkonsumtion am Warenmarkt nicht mehr abgeleitet werden kann, gibt es nicht, oder glauben die Glasindustriellen wirklich ernst daran, durch Senkung des Lohnkontos der ausländischen Konkurrenz mehr begegnen zu können? Die Konkurrenzbetriebe im Ausland werden von Industriellen geleitet mit gleicher kapitalistischer Denkwiese wie bei uns, und jeder wirtschaftliche und tarifpolitische Vorgang in Deutschland wird unseren ausländischen Kollegen, wie auch umgekehrt uns sofort mit gleichen Maßnahmen präsentiert. Angenommen, in Deutschland würden wir von einer Welle der Lohnsenkung erfaßt, so folgen fast auf dem Fuß mit gleichen Anträgen die Arbeitgeber in unseren Konkurrenzstaaten, um nach ihren Schilderungen nicht von der deutschen Industrie erdrückt zu werden.

Nichts ist mit Lohnabbau getan, um die augenblickliche Krise, die ja eine Weltkrise in gewissem Umfang darstellt, zu beseitigen. Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiterklasse ist das angestrebte Mittel, solchen sich wiederholenden wirtschaftlichen Vorgängen wirksam zu begegnen. Die deutschen Industriellen, vor allen Dingen aber die Industriellen der Branche Weichhohlglas, sind durch ihre Vertreter im Schutzbund schlecht beraten worden, denn sonst wären sie bestimmt nicht auf einen so absurden Gedanken der Lohnsenkung als Allheilmittel, aus der Krise zu kommen, verfallen, zumal, wenn objektiv unterstellt werden wäre, in welchem Verhältnis zur abverlangten Arbeitsleistung der Beschäftigten der Weichhohlglasindustrie die Löhne jetzt stehen.

Dem SDV sind ja bereits einzelne Gruppenbeschlüsse der Arbeitnehmer zur Ankündigung der Lohnverträge bekanntgeworden, deshalb kann er ermessen, wie schwierig bei so großen Gegensätzen eine Verständigung in diesem Jahre möglich sein wird. Es ist zu hoffen, daß Einsicht und Vernunft bis zu den Verhandlungen noch einkehrt, sonst können Komplikationen in der Weichhohlglasindustrie eintreten, die bestimmt nicht zur Befriedigung der in verschiedenen Branchen bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen. M. R.

werden, daß besondere Schwierigkeiten vorliegen in den verschiedenen Arbeitsweisen, wie deutlich, halb- und reinlich, am Ofen- oder Wannenbetrieb, sowie der unterschiedlichen Bezeichnungen bei Herstellung der 60 Farbenglasarten in den Betrieben und den jetzt örtlich stark abweichenden Lohnsätzen. Trotz dieser Schwierigkeiten sind die Gewerkschaften bestrebt, zu einem einheitlichen Lohnsatz zu kommen. Der Versuch zur Vereinheitlichung kann aber nur gemacht werden unter Beachtung des Status quo der Wochenverdienste bei den Akkord- und Zeitlohnarbeitern. Daß sich Umstellungen einzelner Lohnsätze notwendig machen und die Parteien hier und da einen Klod zurückschieben müssen, um das Wert des Einheitsstarifes überhaupt aufzustande zu bringen, wissen die Arbeiter aus Erfahrung bei Schaffung von anderen Kollektivverträgen. Wirtschaftlich betrachtet, liegt die Zeit für die Schaffung von Einheitsverträgen nicht gerade günstig da, wie bereits erwähnt, die Arbeitgeber allzu leicht geneigt sind, die derzeitige Situation zu Lohnkürzungen zu benutzen und alle Objektivität der Gegenpartei bei solchem Gebaren nicht überzeugend wirkt.

In zwei Verhandlungen konnte leider eine Einigung über die vorliegenden Anträge nicht erzielt werden. In vielen Fragen ist die Divergenz nicht mehr so groß wie ursprünglich, da Klarheit vor allem über die vorgeschlagene neue Tarifposition mit ihren Bezeichnungen geschaffen werden konnte und sich überblicken läßt, in welchem Verhältnis die neuen Positionen zu den bisherigen betrieblichen Anwendungen sich auswirken können. Sehr stark abweichend sind die Meinungen der Parteien bei der Festlegung der Zuschläge für stärkere Gläser.

Die Industriellen und der Arbeitgeberverband verlangen eine unterschiedliche Zuschlagsregelung für massiv und für Ueberfang-Farbengläser, währenddem die Tarifkommission der Arbeitnehmer vom sachmännischen Standpunkt und in Gegenüberstellung der seit Jahrzehnten geltenden Praxis in der gesamten Tafelglasindustrie nicht anerkennen will, daß eine Unterteilung unter Beurteilung der Leistung sich für notwendig erweist. Die inzwischen angerufene Schlichterkammer des RMW wird sich mit den Fragen der Quadratmeterbezahlung, der Zuschlagsregelung für stärkere Gläser als 1/4, und der Erhöhung der Löhne für die im Zeitlohn Arbeitenden befassen müssen. Hoffentlich kommt die Schlichterkammer zu einem Ergebnis, das Befriedigung bei den Arbeitnehmern auslöst, und das die Grundlage für einen Einheitslohnvertrag der deutschen Farbenglasindustrie bildet. M. R.

Regis-Breitlingen.

Bisher hat die Firma „Hermes“, Folierglasfabrik, Regis-Breitlingen, in der Geschichte der deutschen Glasindustrie ein bescheidenes Dasein gefristet in bezug auf Bedeutung und Größe des Betriebes. Dagegen mußte auf arbeitsrechtlichem Gebiet u. a. Neuerscheinungen dieser Art mancher Strauß mit ihr ausgefochten werden. Am 22. Februar wurde nun, nach vorher siebenwöchiger Kurzarbeit, der Hüttenbetrieb angebl. wegen Auftragsmangel stillgelegt und eine Instandsetzung vorgenommen. Am 24. März wurde der Betrieb wieder teilweise aufgenommen. Da glaubte die Firma den Zeitpunkt für gekommen, die Akkordtarife abzuhängen. Dazu sollten die noch auf der Straße liegenden Funktionäre mitgebraucht werden. Sie lehnten ein derartiges Entschließen ab, erklärten, dem schriftlichen Versprechen gemäß, erst zu verhandeln, wenn alle Kollegen wieder eingestellt sind. Das war ja der Zweck der Stilllegung, die freigewerkschaftlichen Funktionäre und ihren Clan auf der Straße zu lassen. Das ist heute erreicht. Dazu kam noch, daß Hüttenmeister Neumeier die Zeit für gekommen glaubte, für die Firma eine Ränge brechen zu müssen. Aber auch er wird dazu beitragen, sie weiter an den Rand des Ruins zu bringen. Er scharfe seine Lieblinge um sich, und nun veruchte die Betriebsleitung mit diesem Sammeljurium von angeblich Radikalen zum Teil Unorganisierten, die in den drei Jahren des Bestehens der Firma hart erkämpften Errungenschaften zu beseitigen und die Löhne abzubauen. Dies ist ihnen gelungen auf Kosten der Hilfsarbeiter. Die radikalen Elemente und „Strategen“ von ebendemselben veruchen ein Vorkriegssystem einzuführen. Gewalt geht vor Recht! Wer sich nicht fügt, der steigt, ist ihre sowie des Aspiranten Neumeiers Lösungswort. Solche Früchte werden mit Alkohol großgezoogen. Das gibt gleichzeitig noch einen guten Betriebsgewinn der Kantine für Herrn Wagner. Für Hygiene und Wohlfahrtsrichtungen sind bis heute noch keine Mittel vorhanden gewesen. Dabei glaubt Herr Wagner, sein Betrieb diene anderen gegenüber als Vorbild. Wir empfehlen ihm, sich seine Meinung und Methoden patentieren zu lassen. Wir aber geben der organisierten Arbeiterschaft und vor allem den deutschen Glasarbeitern die Zustände am Orte bekannt. Den wenigen ehrlichen Kollegen aber rufen wir zu: Zieht aus diesen Zuständen eure Konsequenzen. Haltet der Organisation die Treue! Aber kam p s t auch weiter, damit nicht noch der letzte Rest unserer Errungenschaften abgebaut wird. Rechnet ernstlich ab mit dem Schwarzgerium, denn in der modernen Arbeiterbewegung ist für solches Gefindel kein Platz. Diese Menschen sind die Wegbereiter des Stahlhelms und deren Werkzeuge.

Diese Zustände sind keineswegs angetan, Freude an der Arbeit zu erwecken. Dies dürfte einstweilen genügen, die Firma zu kennzeichnen, wie sie in Wirklichkeit aussieht und beschaffen ist.

Frankreich.

Das Syndikat der Fensterglasarbeiter in Nordfrankreich (Nancy) ist durch die Kommunisten in einen Streit verwickelt worden. Die Verträge wurden nicht beachtet, deshalb verlangen die Arbeitgeber jetzt von den entlassenen Arbeitern durch Klagen Entschädigung.

Die Wannen sind gelüftet, und Hunderte von Familien brotlos geworden. Genau wie in der Tschechoslowakei ist ungeheure Not über die Familien der Entlassenen hereingebrochen, und haben die Kommunisten außerdem das Ziel der Ferkürmung der Gewerkschaften erreicht. Die Arbeiter werden als Opfer der Not die Arbeit später unter verschlechterten Bedingungen als in den Verträgen vorgeesehen, aufnehmen müssen.

Tarifverhandlungen für die Schleif- und Polierwerke Bayerns.

Der Lohnarbeitsvertrag für die Beschäftigten in den Schleif- und Polierwerken Bayerns ist von beiden Parteien am 30. April 1930 angekündigt worden. Arbeitgeberseite mit der Maßgabe, durch Verbilligung des Lohnkontos die Erhaltung der technisch rückständigen Betriebe zu erreichen, um nicht im Kampf mit dem großen „Bruder“, dem Spiegelkristallglasindustriell, vorzeitig zu unterliegen. Die Arbeitnehmer mühten die Kündigung auszusprechen, um die soziale Lage einer schwer mit dem Leben ringenden Arbeiterklasse zu heben. In Erkenntnis der betriebswirtschaftlichen Verhältnisse haben die Arbeitnehmer durch ihre Verschwiegenheit nicht viel von der Sonne des Glücks in den letzten Jahrzehnten abbekommen. Mit Hilfe der Organisation ist manches gebessert worden; die Rücksichtnahme auf technische Rückständigkeit trat beim Wollen gewerkschaftlicher Arbeit immer als starkes Hindernis auf.

Rationalisierung und Mechanisierung in der Glasindustrie, vor allen Dingen bei der Konkurrenz der Spiegelkristallglasindustrie, haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon lange zu einer Notgemeinschaft geschmiedet, nach Wegen und Mitteln suchend, wie einer alten, bodenständigen Industrie und ihren Arbeitern am besten gehalten werden kann.

Die Parteiverhandlungen über die beiderseitig vorliegenden Anträge zur Neuschaffung eines Lohnarbeitsvertrages konnten bei den scharfen Gegensätzen, die unüberbrückbar waren, Verständigung nicht bringen. Lohnabbau und Lohnaufbau haben sich von jeher diametral gegenüberstanden, vor allen Dingen dann, wenn die Ursache der gegenseitig vorliegenden Forderungen aus irgend notwendigen Gründen vom gegenwärtigen Zustand stark abwichen. Die Organisationsvertreter haben in Voraussprachen und in den offiziellen Verhandlungen darauf hingewiesen, daß nicht Lohnabbau Dille im Konkurrenzkampf bringen kann, sondern einzig und allein nur technische Verbesserungen in den alten Schleif- und Polierwerken, die heute noch größtenteils mit Wassertrakt arbeiten; nur mit solchen Maßnahmen wird man dem Gegner Respekt abringen, wenn man zeigt, daß man bestrebt ist, mindestens gleichwertig zu werden. Daß unter Verdrückung der jetzigen Wirtschaftslage den Werkbesitzern oder Vätern Schwierigkeiten finanzieller Art begegnen, wird uninteressant nicht betrachten, aber nichtsdestoweniger müssen die Versuche gemacht werden, je eher und schneller, desto besser für die Erhaltung der Industrie sowie für die Beschäftigung der Arbeiter. Für die Industrie dürfte jede technische Verbesserung zur Verbilligung der Produktionskosten beitragen, die Konkurrenzfähigkeit wird gestärkt. Für die Arbeiter können gezielte Arbeitszeiten in den einzelnen Betrieben und normale Verdienstsverhältnisse, sowie Durchführung anderer tariflicher Bestimmungen eintreten. Was nicht es, wenn heute durch gewerkschaftlichen Erfolg 100 resp. 140 Proz. Zuschläge zum Friedenslohn pro Quadratmeter Schleifen selbstegelegt sind, wenn durch technische Rückständigkeit und fortgeschrittene Arbeitsausfälle oder schlechtes Schleifen der Gläser (Detourgläser in großem Ausmaß) niemals die normalen Verdienste, wie im Tarifvertrag vorgesehen, erreicht werden können. Sollte durch technische Verbesserungen Leistungssteigerung möglich werden, die eine Akkordlohnverdrängung erfordert, so würden nach dem Vorliegen dieser Ergebnisse die Arbeiter und ihre Organisation die letzten sein, eine Nachprüfung abzulehnen solange aber die technischen Verbesserungen in den Betrieben fehlen und die alten Zustände bleiben, müssen die Arbeiter im eigenen Existenzkampf mit

Unterstützung der Gewerkschaft Lohnverbesserungen verlangen, um die bestehenden Unsicherheiten für das Einkommen auszugleichen.

Die angerufene Schlichtungsstelle hat, obgleich der unparteiische Vorsitzende die Verhältnisse in den Schleif- und Polierwerken Bayerns kennt, durch ihre Entscheidung im vorliegenden Streit bestimmt nicht vermittelnd gewirkt, sondern die Parteien nur noch mehr auseinandergebracht. Es muß ein wirtschaftliches Rätsel bleiben, daß man einer schwergeprüften Arbeiterschaft noch Verschlechterungen zumuten will. Daß die Arbeiter diesen Schiedsbruch ablehnen, wird der Öffentlichkeit begreiflich erscheinen. Hoffentlich bringen die zu erwartenden Nachverhandlungen noch ein Resultat der Befriedigung für die Arbeiterschaft, sonst droht den Schleif- und Polierwerken Bayerns infolge der schlechten Bezahlung der Arbeiterschaft erst recht weiterer Niedergang. Soll dieser Niedergang verhindert werden und will man den Konkurrenzkampf aufnehmen, dann kann dies nur geschehen, indem man die Zufriedenheit der Arbeiterschaft durch Schaffung gesunder Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht. M. R.

Einheitsstarife in der Farbenglasindustrie.

Die deutsche Farbenglasindustrie hatte bislang eine Sonderstellung im Tarifvertrag der handarbeitenden Tafelglasindustrie. Industrielle wie Arbeiter verlangten in den rückliegenden Jahren diese Sonderstellung, da beide Teile bei der anerkannt spezifizierten Produktionsmethode darauf bedacht waren, eigene Vorteile zu erhalten.

Bei den Tarifverhandlungen in den letzten Jahren zeigte es sich aber bereits, daß diese Sonderstellung der Farbenglasindustrie für ihre Arbeiter nicht förderlich sein kann. Ein Tarifvertrag soll für die einzelne Industriebranche so klar gehalten sein, daß gesunde Kalkulationsbasen, die sich ja auch auf das Lohnkonto erstrecken müssen, vorhanden sind. Sind Verträge unklar oder verflauheit, so wird immer der Teil, der durch diese Maßnahmen augenblickliche Vorteile hat, in wirtschaftlich ungunstigen Zeiten im Vorprung sein, und er wird trotz Preisfondation einen Teil der Produktion unter allen Umständen zu anderen als den üblichen Bedingungen abgeben, um dadurch beunruhigend auf den gesamten Industriezweig und ihre Arbeiter zu wirken.

Seit Abschluß des diesjährigen Manteltarifvertrages der handarbeitenden Tafelglasindustrie unterliegen die Farbenglasarbeiten reiflos den vertraglichen Bestimmungen. Diese manteltarifliche Vereinbarung und das Ausstreichen mehrerer Augenleitterhätten zur Herstellung von Farbenglas gab Veranlassung zur Nachprüfung durch die Parteien, ob nicht unter diesen Voraussetzungen die Einführung eines einheitlichen Lohnarbeitsvertrages möglich ist. Arbeitgeberseite machte man sich diese Prüfung ziemlich leicht, indem man bei den maßgeblichen Farben und Nuancen entsprechenden Lohnabbau vorschlug, um so die bislang örtlich geltenden Lohnsätze auf einen einheitlichen Renner zu bringen. Die Gewerkschaften konnten in den stattgefundenen Verhandlungen nur erklären, daß auch sie aus wirtschaftspolitischen Gründen für die Arbeitnehmer der Farbenglasindustrie einen Einheitsstarif wünschten. Es darf jedoch nicht vergessen



Noch Streik in Creidlich.

Vor kurzem konnten wir berichten, daß sich der Betriebsleiter Johannes Flehmig sehr darum bemühte, in der Gegend von Selb, Schönwald und Rehau Streifbrecher anzuwerben. Von der Verbandsleitung war den Angeworbenen schon damals die zweifelhaftige Verdon Fleming'schilbert worden. Wir haben bereits mitgeteilt, daß dieser Mann nebst seinem getrennen Bruder, Robert Fleming, aus der Firma Creidlich A.-G. hinausgeworfen worden ist. Er hat auch dort, wie bei seinen vorhergehenden Arbeitgebern, eine recht zweifelhafte Rolle gespielt. Sowie uns bekannt wurde, ist auch gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs und Untreue bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet. Mit ihm im Bunde in Bezug auf Streifbrecheranwerbung stand das Ehepaar Striegel aus Schönwald. Dieses Ehepaar glaubte, nachdem es den Streik einige Wochen mitmachte, besser zu tun, Helfershelfer (Streifbrecher) für die Firma zu machen. Wie es aber vielen derartigen Elementen geht, so erging es auch dem Ehepaar Striegel. Auch sie wurden aus dem Betrieb Creidlich freiwillig entlassen. Man kann von einem vierblättrigen Kleeblatt sprechen, das in Creidlich eine kurze Gastrolle gegeben hat, nur mit dem Unterschied, daß im Volksmund ein vierblättriges Kleeblatt Glück bedeuten soll, während dieses Kleeblatt für Creidlich zweifellos Unglück bedeutet hat. Speziell die Einwohnerschaft von Schönwald wird sich ihre besonderen Gedanken darüber machen können. Wenn es der Firma gelungen ist, einige Streifbrecher aus der Umgegend zu gewinnen, allerdings keine Facharbeiter, und sie glaubte, damit die Streikenden wankend zu machen, hatte sie sich sehr getäuscht. Die Streikenden waren sich bewußt, daß diese „Mausreißer“ gar bald den Staub von Creidlich abschütteln werden, und so ist es auch gekommen. In der 5. Streikwoche haben bereits drei, in der 6. Streikwoche zwei und in der 7. Streikwoche sechs dieser „Mausreißer“ die Arbeit wieder eingestellt, und zwar deshalb, weil das Aufkommen der Firma ihnen gegenüber kein gutes war und weil selbst mit diesen Verdiensten von 6 bis 12 RM pro Woche auch eine Nichtfacharbeit nicht bezahlt ist. Der Dessenlichkeit gegenüber will die Firma glauben machen, daß der Streik wegen der zu schlechten Löhne unberechtigt sei. Es bestände kein Anlaß zu streiken, da die Verdienste gut gewesen seien. Jetzt ist jedoch die Frage aufzuwerfen, nachdem es allgemein üblich ist, daß man Streifbrechern einen besseren Lohn bezahlt, als seiner eigenen Belegschaft; wie hat der Verdienst der früheren Belegschaft ausgesehen, wenn den Streifbrechern nicht mehr als wie 6 bis 12 RM pro Woche bezahlt wurde? Sagen kann man ja viel, jedoch „Einhalten“ steht auf einem anderen Blatte. Es haben am Sonnabend, dem 3. Mai, Verhandlungen vor Herrn Amtsgerichtsdirektor Dr. Stoll zur Beilegung des Streiks stattgefunden, in denen man sich auf verschiedene Punkte einigen konnte. Die Wiederaufnahme der Arbeit war bereits geplant. Jedoch einen Tag vor der Wiederaufnahme der Arbeit fiel es der Firma plötzlich ein, sich an die getroffenen Abmachungen nicht mehr zu halten. Sie wollte damit erreichen, die Bedingungen, welche der Firma auferlegt wurden, in gewissen Punkten zu mindern, wenn nicht gar zu beseitigen, was jedoch von Seiten der Streikenden abgelehnt werden mußte. Der Streik geht nun nach wie vor weiter. Auch bei dem nochmaligen Versuch des Herrn Dr. Stoll, den Streik beizulegen, mußten die Verhandlungen an dem Verhalten des Herrn Direktor Ged. scheitern.

Neuerdings waren Verhandlungen auf den 12. Mai angesetzt. Speziell dieser Herr Direktor Ged., der immer glauben machen will, daß in seinem Betrieb anständige Verdienste erzielt werden und der immer vorgibt, die Leute hätten keine Ursache, unzufrieden zu sein, ist mit besonderer Vorliebe zu genießen. Er glaubt mit seinem herrischen diktatorischen Weien die Leute in Schach halten zu können. Wir rechnen das nur seiner Jugend an, denn er wird bei etwas vorgezeichnetem Alter auch noch berufstätiger werden. Dazu kommt noch, daß er als Schwiegerohn eines Anführers glaubt, ein besonderes Vorrecht haben zu müssen; Kenntnisse spielen ja dabei keine Rolle. Aber vielleicht kommt noch die Zeit, in der man auch ihm befehligen machen wird, daß die Verwandtschaft allein nicht befreit, sondern Kosten einzunehmen, sondern, wie allgemein in der Wirtschaft, man praktische Kenntnisse verlangt. Er wird entschieden besser tun, die heute noch mit ererbter Gabe veranlagte Porzellanarbeiterschaft ruhig und gelassen auch in seinem Betrieb sich entwickeln zu lassen, denn überall dort, wo man die Arbeiterschaft sich frei entfalten läßt, ist ein Aufstieg in der Wirtschaft zu verzeichnen. Wir empfehlen dies diesem Herrn und bitten, wenigstens einmal den Versuch zu unternehmen. Erst dann, wenn wir von dem Gegenteil überzeugt werden können, könnte man versucht sein zu glauben, daß sein Gebahren und Verhalten das Richtige gewesen wäre.

Ein Porzellaneroriginal.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es in den damaligen Porzellanerfreien manche originelle Seele. Quinor herrschte damals, welcher mitunter an der zulässigen Grenze durchaus nicht halt machte, besonders dann, wenn er durch die entsprechenden Quantitäten Alkohol noch gehärtet wurde. Mancher hatte sich damit dann auch so lange, bis er vor Schwäche nicht mehr auf den Beinen stehen konnte. In diesen Originalen gehörte auch unser Herrmann, sein Spitzname Volker wurde meist als „Höllchen“ ausgedrückt, damit sollte man seine kleine Figur mit etwas langem Oberkörper, aber sehr kurzen Beinen bezeichnen. Die Figur war also sehr originell.

Herrmann war ein Freund des guten Trankes, aber er genossener Zeit des Rauchertrankes. Viel konnte er auch nicht vertragen; bei dem heutzutage üblichen Gesellschaftstrinken hatte Herrmann stets zwei bis drei „Höllchen“ liegen. Der Montag, erste Werktag im irischenem Verhängnis für ihn, er war auch schon der Sonntag, der Dienstag schloß sich meist würdig an. In denen, die schon am Montag das Kratzen mit Vorliebe bevorzugt, gehörte Herrmann an erster Stelle. Er war dem Fabrikanten, bezugnehmend auf den Kaiser, welcher die Arbeit in der Fabrik führte und dazu auch den Kantienbetrieb hatte, zu tun, und er legte dem Herrmann an einem Montag den Vorfall gleich. Das ärgerte die Herrmann nicht wenig, und gelassen eine er Kantien nach der Kantie, wo er selbstverständlich die nötigen Klappen Bier auf „Kas“ (Kamp) bezug, denn daran verlor er die Vater des Fabrikanten. Herrmann hatte aber auch an seine Vermine gedacht und für diese einige Hund Mark und einige Käse ebenfalls auf Kas in der Kantie bezug. So beladen mit einem „Höllchen“, Mehl und Käse „Höllchen“ Herrmann nach dem Bahnhof, um mit der Zweigbahn seinen drei Kindern entsetzten Wohnort zu erreichen. Ungeachtet der drei er am Bahnhof den Kantienwirt also den Vater des Fabrikanten. Blühschnell sah der Herrmann durch den Kopf, nachdem Herrmann in verlor, aber der alte Edmund lebte wieder auf. Da konnte sich Herrmann vor Mut nicht mehr halten, er rief: „Wann du mit keinen Vorfall gehen willst, dann kommst du auch dem Mehl selber freier!“ und —

Chemisch-technisches Porzellan.

—s— Aus der aufstrebenden Wirtschaftsentwicklung ergibt sich eine starke Steigerung der Einfuhrbedürfnisse der chemischen Produktionsmittel für die Erzeugung von Chemikalien, in erster Linie dabei für chemisch-technisches Porzellan. Die Erhöhung der Bedarfsansprüche ist für den internationalen Export derartiger Erzeugnisse darum besonders interessant, als das Land bis heute noch nicht in der Lage ist, durch Eigenherstellung irgendwie einen Einfluß zu nehmen auf den wachsenden Konsum. Die Schweiz ist vielmehr hier ganz überwiegend auf die Einfuhr angewiesen. Es bestehen wohl bereits am Orte Versuche zur Selbsterzeugung. Die Arbeiten beschränken sich aber hier auf die Produktion von Verpackungsmitteln aus Porzellan für Salben und Porzellangefäßen zum Kochen von Säuren. Die Abhängigkeit der Schweiz von fremden Märkten erfährt dadurch



keine Einschränkung. Die dortigen Abgabplätze sind insofern ausnahmsweise interessante Verbraucher einschlägigen fremden Materials, das dem Schweizer Konsum bisher fast ausschließlich aus deutschen Quellen zugeführt wurde.

Der dänische Markt für chemisch-technisches Porzellan verdient ein nicht unbedeutendes Interesse, zumal die Eigenindustrie bisher nur zu unvollkommenem Stande gebracht werden konnte. Der Landeskonsum vermag sich daher nur zu einem Teile aus örtlichen Erzeugungsquellen zu versorgen. Dänemark ist daher größtenteils auf die Einfuhr einschlägigen Materials aus dem Auslande angewiesen. Wesentliche Versorger Dänemarks sind Deutschland, außerdem Großbritannien und die Tschechoslowakei.

Die Aufnahmefähigkeit Hollands für chemisch-technisches Porzellan hat sich dagegen in letzter Zeit bedeutend erhöht. Die Nachfrage nach chemisch-technischem Porzellan wächst mit der Durchführung industrieller Ausbaupläne ganz beachtlich. Holland hat seine Industrie hier auch bereits auf die Erzeugung chemischen Porzellans ausgedehnt. Träger der Produktion sind hier aber gegenwärtig nur zwei Fabriken, deren bis zur Grenze gesteigerten Leistungen nur zur Deckung eines Teilbedarfs des Landes ausreichen. Der Einfuhranspruch ist daher bedeutend, dazu unerwartet im Steigen. Die Chancen, chemisch-technisches Porzellan nach den niederländischen Märkten auszuführen, sind darum besonders gute, als die sozialistische Regelung den Wettbewerb fremder Objekte auf den holländischen Absatzplätzen nicht verhältnismäßig einschränkt.

Die Möglichkeiten, chemisch-technisches Porzellan fremder Erzeugung auf britischen Märkten abzugeben, werden zum meist sehr mäßig. Wiederholt hat sich vielmehr Großbritannien als sehr aufnahmefähiger Markt für derartiges Material erwiesen. Die Produktion von Chemikalien ist im Lande zu

relativ sehr hoher Stufe gebracht. Die Versorgung des parallel dazu laufenden hohen Bedarfs an entsprechendem Porzellan erfolgt in der Hauptsache durch eine mittlerweile sehr leistungsfähige entwickelte nationale Porzellanindustrie, die im allgemeinen die Befriedigung des Binnenkonsums selbst durchführt. Trotzdem bestehen wiederholt vorzügliche Möglichkeiten für die Uberschüsse fremder Produzenten, auf den britischen Märkten mit heimischen Erzeugnissen in Wettbewerb zu treten. Der englische Einfuhrhandel hat wiederholt größere Aufträge auf Lieferungen chemisch-technischen Porzellans an Deutschland vergeben, da die Preisbildung für heimisches Porzellan sich nach Grundstoffen vollzog, die eine vorteilhaftere Beschaffung fremder Waren zum Ausgleich des englischen Konsums zuließen, obwohl Auslandsbezeugnisse mit einem Schutzzoll von 33% Proz. des Wertes belastet waren. Beachtung verdient dabei besonders die Nachfrage nach Laboratoriums- und Tiegelf- und Verbrennungsgefäßen aus Porzellan, Verdampfungsschalen und dgl. Der englische Markt gewirkt noch insofern an Bedeutung als Absatzplatz für chemisch-technisches Porzellan, als die großen, auch industriell machtvoll aufstrebenden englischen Kolonien ihren Bedarf an derartigen Spezialprodukten erfahrungsgemäß fast ausschließlich über London ausgleichen.

Italien ist im Laufe der letzten Jahre zur Aufnahme einer eigenen Porzellanindustrie übergegangen. Durch die Errichtung relativ hoher Zollmauern zum Schutze dieser jungen nationalen Industrie, gelang es auch, diesen Erwerbszweig nach relativ kurzer Aufbauperiode zu einer betriebigen Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Die italienische Porzellanherstellung beginnt sich soweit zu kräftigen, daß sich der Landeskonsum in seiner Bedarfsbefriedigung auf heimisches Porzellan einzustellen beginnt. Unter dem starken Druck der Inlandsbezeugung geht der Ausfuhrhandel von Porzellan nach Italien zurück. Während sich hier die Einfuhrverhältnisse für Porzellan verschlechtern, ist die Exportlage für chemisch-technisches Porzellan zum wenigsten unverändert, da die Inlandsindustrie hier vorläufig nur ganz schwach entwickelt ist und noch keinen nennenswerten Einfluß auf die heimische Versorgung gewinnen kann. Italien muß seine Anschaffungen daher noch zum größten Teil auf Auslandsmärkten machen, im wesentlichen in Deutschland.

Der Bedarf an Porzellan für die chemische Industrie Spaniens ist nicht gering, so daß nicht ausgeschlossen ist, daß zur Ergänzung des ansteigenden Konsums das Ausland in Anspruch genommen werden muß. Der Verbrauch chemisch-technischen Porzellans in Spanien stützt sich im wesentlichen auf Anforderungen von etwa 300 chemischen Erzeugungsstätten.

Mitterteich.

Die Porzellanfabrik Mitterteich A.-G., Mitterteich, berichtet, daß trotz der ungünstigen Wirtschaftslage die Produktionskraft des Unternehmens voll ausgenutzt werden konnte. Das Ergebnis wird als befriedigend bezeichnet. Es wurde ein Rohgewinn von 0,58 (0,63) Mill. RM erzielt. Unkosten errechneten 0,47 (0,51) Mill. RM.; nach 0,084 (0,085) Mill. RM. Abschreibungen verbleibt ein leicht verminderter Reingewinn von 78 000 (82 569) RM., woraus eine von 6 auf 7 v. S. erhöhte Dividende verteilt werden soll. Dem gesetzlichen Reservefonds werden diesmal nur 16 000 (i. V. 32 000) RM. zugewiesen. Aus der Bilanz: Kreditoren 0,36 (0,31) Mill. RM., Andererseits Debitoren 0,41 (0,33) und Waren 0,26 (0,24) Mill. RM. Das laufende Geschäftsjahr habe mit einem guten Verlauf an Aufträgen begonnen, doch könne über den voraussichtlichen Verlauf nichts gesagt werden.

Die Porzellanfabrik Jos. Nieber & Co. A.-G., Mitterteich, tun immer so, als müßten sie auf ihre Werke draufzahlen, wenn man jedoch ihren Geschäftsbericht durchsieht, so findet man, daß die Gesellschaft einschließlich Gewinnvortrag vom Vorjahr einen Reingewinn von 53 995 (26 568) RM. Gewinne erzielte, über dessen Verwendung nichts gesagt wird. In der Bilanz erscheinen Vorräte mit 0,08 (0,07) Millionen Mark mit 0,36 (0,26), dagegen Verbindlichkeiten mit 0,28 (0,27) Mill. RM.

Rehau.

Die Porzellanfabrik Joh. Scherzer & Co. A.-G. in Rehau berichtete im „Reichsanzeiger“ über „Herabsetzung des Grundkapitals“. Hierzu veröffentlicht der Vorstand nunmehr im „Reichsanzeiger“ folgende Mitteilung: „Die anlässlich der gesetzlichen vorgeschriebenen Umstellung der Aktien auf volle Hunderttel möglich gewesene und bereits im Vorjahre einstimmig abgelehnte Herabsetzung des Aktienkapitals mußte aus rein formellen Gründen nochmals auf die Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung gesetzt werden. — Bei einer Dividendenverteilung von 4 Proz. für 1928 und bei einem Vorschlag einer solchen von 4 Proz. für 1929 kann von einer „Sanierung“ nicht die Rede sein.“ Ist im Berliner „Börsen-Courier“ zu lesen.

Edmund nieder, zertrug, und Edmund sah aus wie ein echter Müller in der Mühle. Großes Holz auf dem Bahnhof und bei den Reisenden des gerade eingehenden Zuges. Herrmann sortierte, so schnell es ihm eben gelang, in den Zug, schloß zu Hause seinen Koffer aus, um am anderen Morgen mit der sicheren Hoffnung, entlassen zu werden, nach seiner Arbeitsstelle zu fahren. Nachdem Herrmann schon einige Stunden wieder an seinem Arbeitsplatz gesessen und mit bangem Herzen der Dinge harpte, die da kommen sollten, schloß endlich der alte Edmund einige Schritte hinter Herrmann vorbei, jagte sich Mut und sagte elegant: „Das war aber nicht schön, daß Sie mir den Sad Mehl mit dem Mehl erworben haben!“ Blühschnell hatte Herrmann die humoristische Seite der Situation erfaßt und erwiderte: „Denn ich gestern daran gedacht hätte, daß ich die Käse noch in der Küche hätte, hätte ich diese Käse auch noch auf den Tisch gebracht.“ Unter allgemeiner Heiterkeit der Stubenbesitzer lag die dieser für Herrmann anfänglich peinliche Vorgänge in Wohlgefallen an.

Arbeitsort des Herrmann war Kirchweihfest. Der Montag war für ihn selbstverständlich der Haupttag. Nach Entleerung des Käses hinter dem seinem Freund und Kantienwirt Edmund mit unter Mitnahme von zwei großen, runden Laib Brot verließ Herrmann schon am zeitigen Nachmittag die Fabrik, verließ selbstverständlich den Weg zum Bahnhof, schloß dafür den näherliegenden nach dem Wirtshaus ein. Der Kirchweihtrunk war für ihn so sinnverwandelt, daß er sogar den letzten Abendzug nach seinem Wohnort verpasste. Nach Mitternacht trat Herrmann den Heimweg nach seinem acht Kilometer entfernten Wohnort an mit der nötigen „Labung“ und unter jedem Arm einen Laib Brot. Doch Herrmanns Gleichgewicht kam zu oft ins Wanken, und bald sollte dieses, bald jenes Brot auf der Landstraße. Die beiden Brote schienen in jener Nacht sich geradezu verabredungsgemäß aufs Rollen verlegt zu haben, denn kaum hatte Herrmann ein Brot im schnellen Tempo eingeholt und unterem Arm verstaubt, sollte ihm das andere unterem Arm weg, zeitweilig rollten sogar beide Brote um die Ecke auf der Landstraße, und Herrmann war verzweifelt, welchem er zuerst nachzugehen sollte. Als er unter allen diesen Mühen gegen Morgen zu Hause eintraf und seine Hermine im tiefsten Schlaf vorfand, war er doch soweit ermüdet, seine beiden Brote, die den Weg zum größten Teil auf der

Landstraße weggerollt hatten, bei Nacht zu betrachten. Aber o Schreden, die Brote waren nicht mehr braun, sondern hatten ihre Kruste mit einer solchen von Kuh- und Pferdemit und sonstigem Landstraßendreck vertauscht. Ein Eimer Wasser und die Kleiberbürste waren für Herrmann die Mittel, den Broten die natürliche Kruste, wenn auch in weichem Zustande, wiederzugeben.

Als Herrmann in der Porzellanfabrik seines Wohnortes arbeitete, hatte er an einem Sonntagabend — wie eben oft — einen kräftigen „Affin“ aufgebracht. Zwischen dem Gasthaus, in dem Herrmann an jenem Abend gesessen, und der Fabrik steht ein Schloß aus dem 12. Jahrhundert. Das hatte er zweifellos mit seiner Wohnung vertauscht, denn an diesem Tag er sich regelrecht bis aufs Hemd aus, legte seine Kleider ganz ordnungsgemäß auf den Schloßzaun und trolkte dann die weiteren dreihundert Meter nach der Fabrik, die, wie seinerzeit die meisten Porzellanfabriken in Thüringen, unverschlossen war. Ungeachtet hatte Herrmann das Mißgeschick, als nur mit dem Hemde bekleideter Nachwandler den Arbeitsraum der Belegerinnen sich als Ruheplatz zu suchen.

Man kann sich wohl denken, welches Hallo gegen 6 Uhr morgens einsetzte, als die ersten Arbeiterinnen ihren Arbeitsraum betraten und eine männliche Figur mit nur dem Hemde bekleidet auf dem Fußboden lag und den Schlaf des Gerechten schnarchte, dem erst das Erscheinen des Abteilungsleiters ein Ende machte.

Inzwischen war in dem kleinen Städtchen die Polizei auf die am Schloßzaun hängenden Kleidungsstücke aufmerksam gemacht worden und von dieser in Genesung genommen, denn man müßte schon etwas von einem Mord oder Selbstmord. Aber schon um die Mittagszeit lösten sich die Mordgerichte in allgemeine Heiterkeit auf, nachdem sich Herrmanns Kollegen um die Beschaffung seiner Kleider durch Nachfrage bei der Polizei bemüht hatten. Das war allerdings für die gesamte Formerei und so weiter ausreichend Anlaß, den blauen Montag bis zum Mittwoch zu verlängern.

Als jüngerer Porzelliner wechselte Herrmann seine Stellung noch wiederholt, jagte dann aber seinem Formierberuf Ballet und landete in einer Karussellfabrik.

Emil Hoffmann, Zlmenau.



Akkordziegelmeister und Unfallverhütungsvorschriften.

Die Unfallverhütungsvorschriften der Reichsversicherungsordnung sind geschaffen worden, um Leben und Gesundheit der Arbeiter in den Betrieben zu schützen. Der § 913 der Reichsversicherungsordnung gibt den Unternehmern das Recht, gewisse Vorschriften, die ihnen auf Grund dieses Gesetzes nach der Satzung der Berufsgenossenschaft obliegen, ohne Einschränkung Betriebsleitern zu übertragen. Auch Aufsichtspersonen oder andere Angestellte darf der Unternehmer nach den Bestimmungen des § 913 mit der Wahrnehmung dieser Pflichten beauftragen, jedoch nur in beschränktem Umfang. Sie dürfen nämlich nicht Pflichten übernehmen, soweit es sich um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt. Unter solchen Einrichtungen sind die bauernbenutzten Maßnahmen für die Sicherheit des Betriebes zu verstehen. Auch fallen hierunter die Erhaltung der Schutzvorrichtung in betriebsfähigem Zustande. Demnach die Stellvertreter des Unternehmers den Vorschriften zuwider, die nach § 913 der Reichsversicherungsordnung mit Strafe bedrohen, so trifft diese Strafe den Stellvertreter. Neben dem Stellvertreter ist auch der Unternehmer strafbar:

1. Wenn die Zuwiderhandlung mit seinem Wissen geschehen ist und
 2. wenn er bei der Auswahl oder Beaufichtigung der Stellvertreter nicht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat. In diesem Falle darf gegen den Unternehmer auf keine andere Strafe als auf Geldstrafe erkannt werden.
- Erstreckt sich die Beaufichtigung der Schutzvorrichtungen über eine Woche hinaus, die auf den Angestellten übertragen ist, so hat der Firmeninhaber diese Übertragung dem Vorstand der Berufsgenossenschaft mitzuteilen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß nach den Satzungen der Ziegelberufsgenossenschaft, falls ein Ziegelbesitzer seinen Angestellten bzw. Betriebsleiter die Beaufichtigung der nach § 913 obliegenden Unfallverhütungsvorschriften überträgt, in einer schriftlichen Nebenbestimmung unterzeichneten Erklärung niederzulegen ist. Diese Erklärung muß auf Verlangen dem technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft vorgezeigt werden.

In der Ziegelindustrie ist es nun vielfach üblich, daß die Betriebe von Akkordziegelmeistern übernommen werden. In den Akkordverträgen befindet sich vielfach die Bestimmung, daß der Akkordziegelmeister für die Innehaltung und ordnungsgemäße Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, sowie für die Instandhaltung der Schutzvorrichtungen verantwortlich ist. Diese Bestimmung, die man vielfach noch in den Verträgen findet, hat jedoch nur insofern praktische Bedeutung, als der Akkordziegelmeister für gewisse Unterlassungen sich eine Geldstrafe ausziehen kann. Während für alle materiellen Nachwirkungen, die durch Unfälle oder dergl. entstehen, der Arbeitgeber bzw. die Berufsgenossenschaft haftbar ist. In manchen Ziegeleien ist es auch üblich, daß die Zongrube einem Schachtmeister unterstellt wird, der für die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich gemacht wird. Nach einer vor kurzem ergangenen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes entbehrt eine solche Uebertragung der Pflichten des Besitzers bzw. des Betriebsleiters den Unternehmer nicht von seiner Verantwortung, selbst wenn er eine entsprechende schriftliche Anzeige bei dem Ortsvorstand der Berufsgenossenschaft eingereicht hat. Denn als Betriebsleiter ist ein Schachtmeister nicht anzusehen. Das Reichsversicherungsamt hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß nach dem § 913 der Reichsversicherungsordnung nur die Verantwortung auf den Betriebsleiter zu übertragen sei.

Sinngemäß muß demnach diese Entscheidung des Reichsversicherungsamtes auch auf solche Akkordziegelmeister übertragen werden, die wohl die Produktion in Akkord übernommen haben, selbige aber nicht den vollständigen Betrieb d. h. auch den kaufmännischen Betrieb leiten. In den meisten Fällen ist es doch so, daß neben dem Ziegelmeister entweder ein Betriebsleiter bzw. der Ziegelbesitzer die Gesamtleitung des Betriebes in Händen hat, und somit auch gegenüber der Berufsgenossenschaft letzten Endes verantwortlich ist.

Der Ziegelbesitzer kann sich also, wenn er einem Ziegelmeister seinen Betrieb in Akkord übergibt, und mit ihm die Vereinbarung abschließt, daß er für die ordnungsmäßige Durchführung und Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich sei, nicht auf § 913 der Reichsversicherungsordnung berufen. Vielmehr bleibt der Ziegelbesitzer in jedem Fall, sowohl straf- als auch zivilrechtlich, für jeden Verstoß gegen alle im Interesse der Unfallverhütung erlassenen Vorschriften selbst verantwortlich.

Konrad Pottkaff, Detmold.

Polen.

Gelegentlich der Tagung der Vertreter der keramischen Industrie Polens wurde zum Ausdruck gebracht, daß die verfloßene Betriebsperiode unter dem Zeichen eines starken Druckes stand, wie er als Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise und insbesondere der Stagnation auf dem Baumarkt zu betrachten ist. Auch für die laufende Kampagne liegen die Aussichten keineswegs rosig, denn die Frage, ob die Mobilisierung ausreichender Bauteile gelingen wird, harret vorläufig ihrer Lösung.

In den Ziegeleien wurde die Erzeugung erst im Monat Juli aufgenommen, und zwar nur in beschränktem Umfang, so daß die betriebstechnischen Anlagen auch nicht annähernd ausgenutzt werden konnten. Im Durchschnitt war die Produktion an Ziegelsteinen um 30-50 Proz. geringer als im Vorjahr und betrug 1400 Mill. Ziegelsteine. In ungefähr demselben Verhältnis ging die Erzeugung von Drainröhren und Dachpinnen zurück, denn es wurden insgesamt 200 Millionen Stück Drainröhren und 100 Millionen Stück Dachpinnen hergestellt. Unbeschadet dieser Einschränkung der Erzeugung bezeugte ihr Absatz großen Schweregrad; welche beträchtlichen Bestände aus der letzten in die laufende Kampagne übernommen werden mußten, spricht daraus, daß die Vorräte Ende Februar 1930 insgesamt 300 Millionen Ziegelsteine, 50 Millionen Drainröhren und etwa 55 Millionen Dachpinnen in ganz Polen betragen. Betriebswirtschaftlich gesehen, gestaltet sich die Lage der Ziegeleien dadurch besonders schwierig, daß die Preise zu sinken tendieren und die Liquidität der Abnehmer vielfach auch die Ziegeleien in Mitleidenhaft gezogen hat.

Im Anschluß an die Verbandstagung wurde die schon vorbereitete Organisation eines gemeinsamen Vertriebsbüros für Drainröhren und Dachpinnen beschlossen. Diese Zentralorganisation umfaßt vorläufig nur den Absatz von Drainröhren, in dessen Fall sie später auch auf Dachpinnen erweitert werden.

Aus den Zeilen läßt sich entnehmen, daß die Verhältnisse des Baumarktes in Polen fast den deutschen gleichen. Wie mag es da erst unserer polnischen Kollegenchaft gehen, wenn die Unternehmer so jammerlich.

Der Betriebsunfall.

Der neugewählte Betriebsrat hat nach § 77 des Betriebsrätegesetzes ein Mitglied zu bestimmen, welches bei Unfällen und Untersuchungen, die im Betriebe vorgekommen sind, mit hinzuzuziehen ist. Für den betreffenden Kollegen ist freilich einige Kenntnis der einschlägigen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung notwendig. Seine Mitwirkung bei Unfalluntersuchungen, soweit die Frage des Anspruchs auf Unfallrente gefahrt werden soll, gilt hierbei nicht etwa der Feststellung, wen ein Vereschulden am Unfall trifft. Selbst bei einem durch Unachtsamkeit der Unfallverhütungsvorschriften verursachten Unfall, steht dem Verunglückten oder dessen Hinterbliebenen die Rente zu, es sei denn, der Unfall wäre vorwiegend herbeigeführt worden. Jedoch für diese Selbstverstümmelung liegt heute kaum noch ein Motiv vor, da ja die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben ist. Von größter Bedeutung ist insbesondere die Mitwirkung des Unfallvertrauensmannes bei Zweifeln über das Vorliegen eines Betriebsunfalles im Sinne des Gesetzes.

Bei Körperverletzungen, verursacht durch Unfall an der Maschine, wie überhaupt bei allen vorkommenden Unfällen während der Arbeit und im Betriebe, dürften über das Vorliegen eines Betriebsunfalles kaum Zweifel bestehen.

Wesentlich ist, daß der Unfall durch ein plötzliches Ereignis während einer Tätigkeit verursacht ist, die im Zusammenhang des Betriebes stand. Ein solches plötzliches Ereignis liegt auch vor, wenn sich die Folgen erst nach einer längeren Zeitdauer bemerkbar machen, beispielsweise bei Vergiftungen, Wärme- und Kälteeinwirkungen usw. Zweifelhaft ist beispielsweise die Bejahung eines Betriebsunfalles beim Ausreifen eines Anterleibsbruchs, insbesondere dann, wenn die körperliche Konstitution des davon Betroffenen das Voraustreten eines Bruches vorwiegend begünstigt hat; die Entscheidung hierüber liegt also meist beim Arzt. Schließlich werden noch einige im Gesetz aufgezählte Verursachungsfrankheiten als entschuldigungspflichtig anerkannt.

Streitigkeiten, inwieweit der Unfall mit der versicherungspflichtigen Tätigkeit im Zusammenhang steht, sind freilich nicht selten. Insbesondere durch die Anerkennung der Entschuldigungsfrist für Unfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit passieren, haben sich derartige Streitfälle wesentlich vermehrt. So hatte das Reichsversicherungsamt die Unfallrente einem Arbeiter zugesprochen, der auf dem Nachhausewege noch einmal in einem Gasthause für eine halbe Stunde einkehrte und schließlich auf dem Heimwege einen Unfall erlitt. Für die betreffende Entscheidung war wichtig, daß die Einkehr etwa auf dem halben Wege zur Wohnung lag und nicht unmittelbar dabei; ferner, daß eine Trunkenheit wegen des geringen Quantums des genossenen Bieres nicht vorlag, schließlich noch die kurze Dauer des Aufenthaltes im Lokal. Ein mehrstündiger Aufenthalt im Gasthause oder gar Trunkenheit, hätte den Rentenanspruch verwickelt. Einer Arbeiterin aber wurde die Unfallrente abgelehnt, die einen Verkehrsunfall erlitt, nachdem sie auf dem Nachhausewege zum Abendbrot notwendige Einkäufe auf dem Markte machte. Hier war die betreffende Entscheidung wichtig, daß der Umweg eine die Verkehrssicherheit besonders gefährdete Stelle passierte.

Unfälle, die bei der Veranbarung, Beförderung, Instandhaltung oder Erneuerung des Arbeitsgerätes verursacht werden, sofern diese auch außerhalb des Betriebes passieren, gelten gleichfalls als entschuldigungspflichtige Betriebsunfälle. Auch durch das Verhalten der Mitarbeiter entstandene Unfälle gelten als Betriebsunfälle, soweit die Ursachen irgendwie im Zusammenhang mit dem Betrieb gebracht werden können.

Der Unfall muß von dem Arbeitgeber innerhalb drei Tagen angezeigt werden, wenn ein Arbeiter getötet oder so verletzt ist, daß er mehr als drei Tage arbeitsunfähig wird. Die Ortspolizeibehörde des Unfallortes muß jedoch als möglich eine Untersuchung einleiten, wenn durch den Unfall jemand getötet, oder so schwer verletzt wurde, daß er voraussichtlich nach acht Wochen nicht wieder voll erwerbsfähig ist. Auch kommt die Ortspolizeibehörde zur Untersuchung eines Unfalles verpflichtet, wenn diese bei ihr beantragt wird. Die Unfallanzeige allein genügt jedoch mitunter nicht für die Geltendmachung von Rentenansprüchen. Die Ansprüche verjähren nach zwei Jahren. Werden sich erwerbsfördernde Folgen des Unfalles erst nach mehr als zwei Jahren bemerkbar, so ist der Rentenanspruch innerhalb drei Monaten zu stellen.

Georg Raible.

Lohnabbauverträge der Arbeitgeber.

Die Unternehmer der rheinischen Ziegelindustrie wollen die gegenwärtige Konjunktur benutzen, die Tariflöhne und Akkordverdienste abzubauen. Es geht um den Profit, der auch bei der jetzigen Konjunktur ungeschmälert erhalten bleiben soll. Nach ihrer Auffassung sind die Löhne zu hoch, und die Verdienste der Arbeiter müssen herabgesetzt werden. Auf gut Deutsch soll das heißen, die Ziegelarbeiter, die schon im Winter 1929/30 gehungert haben, sollen im kommenden Winter noch mehr hungern, um den Profit der Ziegelbesitzer nicht zu schmälern.

Dieselben Herren wundern sich über das wenig verständnisvolle Verhalten des Fabrikarbeiterverbandes, Abteilung Keramischer Bund, der diese Bestrebungen mit Entschiedenheit zurückgewiesen hat. Man spricht wieder von Arbeitsgemeinschaften und führt die Rede des christlichen Arbeitsministers Stegerwald an, der in der jetzigen schweren Zeit das richtige Wort an die Gewerkschaften gerichtet hat. Die Unternehmer glauben, mit dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken ihre Geschäfte besser betreiben zu können, und da kommt ihnen Herr Stegerwald, der ehemalige christliche Gewerkschaftsführer, zu Hilfe, der sich für die Bildung von Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen hat. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit lehnt solche Gedanken ab. Die Vergangenheit hat gelehrt, daß zwischen Kapital und Arbeit unüberbrückbare Gegensätze bestehen, die in der Zukunft nicht schwächer, sondern stärker hervortreten und mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zugunsten für die Arbeitnehmer sich nicht meistern lassen. Im übrigen: Was sagen die christlichen Arbeiter zu einer solchen Einstellung ihres Führers? Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern werden die härtesten Töne angeschlagen, und in der Praxis nach außen hin bringt man zum Ausdruck, daß es in Wirklichkeit so hart gar nicht gemeint ist.

Am 2. Mai fanden die Verhandlungen über den Abschluß des Mehrarbeitszeitabkommens und des Lohntarifes statt. Der

Syndikus Dr. Frohn legte in längeren Ausführungen die Gründe dar, die tariflichen Stundenlöhne um 10 bis 15 Proz. herabzusetzen. Defizitprozentage sollen auch nicht mehr gezahlt werden. Nachher soll aber die 9. und 10. Arbeitsstunde trotz der großen Arbeitslosigkeit bestehen bleiben. Das ist das Programm, was die Arbeitgeber in der Ziegelindustrie im Rheinland durchführen wollen. Danach würde der Facharbeiterlohn von 84 auf 75 Pf. pro Stunde herabgesetzt. Auch die Akkordbasis würde sich um denselben Prozentsatz verringern. Die Unternehmer hoffen, bei der Durchführung ihrer Forderungen, die Ziegeleien mehr in Gang zu bringen, wie das der Fall wäre bei erhöhten Löhnen.

Die Vertreter des Keramischen Bundes haben die Forderungen der Ziegelbesitzer ganz entschieden abgelehnt und verlangt, daß auf Grund der eingereichten Forderung der Gewerkschaften eine Erhöhung der Stundenlöhne von 10 bis 15 Proz. eintritt. Der saisonmäßige Charakter der Ziegelindustrie gebietet es, daß die Löhne höher sein müssen als in den übrigen Industrien, aber auf keinen Fall niedriger als in den saisonmäßigen Industrien anderer Berufe. Der Arbeitgeberverband lehnte die Forderungen der Gewerkschaften ab mit der Begründung, daß nicht Lohnabbau, sondern Lohnabbau das Gebot der Stunde sei.

Die Einstellung der Arbeitgeber ist brutal und wirtschaftlich betrachtet von den Profitinteressen allein diktiert.

In einer Zeit, wo durch die große Arbeitslosigkeit die Kaufkraft der Arbeiterschaft ganz erheblich gesunken ist, soll durch weiteren Lohnabbau die Kaufkraft noch mehr geschwächt werden. Mit dieser Methode will man die Wirtschaft wieder ankurbeln. Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!

F. Hertwig.

Römische Ziegelkunde.

Die keramische Technik stand bei den weltberührenden Römern in erster Linie im Dienste der Architektur. Gut gebrannte Ziegel wurden zu den verschiedenartigsten Bauten verwendet, die noch heute nach 2000 Jahren Zeugnis ablegen von der hohen Blüte der damaligen Ziegelfunst. Beispiele sind das Amphitheater in Rom und der Arlabendbau der Basilika in Trier. Auf Grund gesetzlicher Bestimmungen wurden die Ziegel in der damaligen Zeit mit einem römischen Stempel versehen, aus welchem das Regierungsjahr das jeweiligen Kaisers, sowie der Name des Besitzers des Betriebes ersichtlich war. Solche Ziegel mit Inschriften sind uns aus Italien von den Jahren 81 bis 230 nach Christi bekannt.

Überall, wo römische Truppen in jener Zeit gewesen sind, finden wir römische Militärziegel, die sogenannten Legionensiegel. Solche Ziegel sind in Schwaben, in Deutschland, im Süd- und in Ostasien gefunden worden. Die meisten dieser Ziegel sind mit einem Stempel versehen, welcher gewöhnlich den Namen der Legion enthält.

Die gefundenen römischen Ziegel haben gewöhnlich folgendes Maß: 600 x 600 x 60 mm, 450 x 450 x 50 mm, 200 x 200 x 40 mm. Bei der Erforschung des obergermanischen Grenzwalles durch die Reichslimeskommission sind Ziegel gefunden worden, die aus Aufschlüssen geben über den Aufenthalt von römischen Legionen, die nirgends in der Geschichte verzeichnet sind. Niemand wird gemeinlich die vorderste Linie genannt, welche sich als Erdwall in den vorliegenden Gräben bei Rheinscol beginnt, an der Donau zwischen Eining und Rehlheim endigend hinzieht. Diese 550 Kilometer lange Befestigungslinie wurde seinerzeit von römischen Legionen gegen die Germanen errichtet. Wo diese durch die Befestigungslinie gingen, wurden Kastelle gebaut. An wichtigen Straßenkreuzpunkten wurden Kastelle als sogenannte Sperreposten errichtet. Die Erforschung dieser römischen Kastelle hat eine Namengebung der Stempel und Inschriften zutage gefördert. Die wiederhergestellten Saalburg bei Somburg im Taunus war ursprünglich ein Römerkastell. Zahlreiche Militärziegel aus jener Zeit geben uns Kunde davon, wo römische Besatzungstruppen in Germanien gewesen sein sollten.

In Niederhessen sind Ziegel der 1. und 8. römischen Legion gefunden worden. Desgleichen wurden zahlreiche Ziegel mit Stempel auf der Saalburg festgelegt. Durch die Erforschung der Kastelle Hofheim, Friedberg, ferner in

Derlingen und Trier wurden Ziegel der 1., 14., 21. und 22. Legion der Nachwelt erhalten. In Großpladenburg a. M. und Nieb. b. Köpfl. a. M. sind römische Zentralziegeleien entdeckt worden. Ferner sind in Obergermanien bei Nieb. römische Ziegelöfen ausgebeutet worden, so daß mit Gewißheit anzunehmen ist, daß in dieser Gegend die römischen Legionen Ziegelsteine hergestellt haben. In Derlingen sind große Ziegelplatten mit Stempeln der 22. Legion gefunden, welche aus den Zentralziegeleien stammen sollen. Auch im Wipertal sind Ziegel der 1. und 8. Legion gefunden worden, woraus die bestimmte Schlussfolgerung gezogen wird, daß die Truppen zur Anfertigung von Ziegeln nach bestimmten Stellen abkommandiert wurden. Von diesen Ziegelherstellungszentren wurden die Steine zur Errichtung der verschiedenen Kastelle hingeschafft. Da in jener Zeit gute Fuhrstraßen nicht vorhanden waren, muß der Transport sehr schwierig gewesen sein.

Daß die Römer die Ziegelfabrikation nach Germanien übertragen haben, kann man deswegen wohl mit Bestimmtheit annehmen. Bei Budapest wurde eine römische Ziegelei aufgedeckt, welche uns wichtige Aufschlüsse über die Baukonstruktion gibt und schon auf eine ausgebildete Brenntechnik schließen läßt. Nachdem die Römer durch die Germanen vertrieben worden sind, scheint auch die Ziegelfabrikation außer Gebrauch gekommen zu sein und die Ziegelherstellungszentren waren dem Verfall anheimgegeben. Erst Karl der Große veranlaßte, die Ziegelfabrikation wieder in Aufzug zu bringen. Die Myster jener Zeit haben dann zuerst wieder die Ziegelherstellung betrieben. In späteren Jahren gingen dann auch die aufstrebenden Städte dazu über. Wenn wir die alte Literatur verfolgen, und aus dieser ersehen, daß schon in jener Zeit, also vor rund 2000 Jahren, Ziegelsteine von den Römern nicht nur zur Errichtung ihrer Kastellbauten in Rom und Venedig gebraucht wurden, sondern auch Ziegel von den römischen Legionen zur Errichtung von Befestigungsanlagen in Germanien hergestellt wurden, so kann man ohne Zweifel annehmen, daß die Ziegelfabrikation und auch die Brenntechnik schon auf einer hohen Stufe standen haben; denn heute finden wir noch solche gestempelten römischen Legionensiegel in den Ruinen in Trier und Landbou. Wer Gelegenheit hat, die Stätten der römischen Ziegelfabrikation sowie der Saalburg, der alten römischen Kastelle und das Museum in Trier zu besuchen, soll die Gelegenheit nicht verpassen. Man bekommt dann einen Begriff von den Leistungen, die auf diesem Gebiete erzielt wurden, als es noch keine Maschinen gab.

Konrad Pottkaff, Detmold.

Das Wandern ist des Müllers Lust,
Das stärkt die Hüfte und die Brust.
Doch willst du schneller vorwärts kommen,
Dann wirst du Schneider's Fahrrad kommen.

Gewe und Zahlstellen

Jahre aus! - Und die Folgen?

Wer von unseren Ortsgruppenvorsitzenden, Beitragskassierern oder Verbandsfunktionären hätte noch nicht jenes unheimliche und doch so schwerwiegende Wort gehört: „Ich trete aus!“

Samstag ist's und Sonntag. Während der ganzen Woche kann sich der Michl kein Glas Bier mehr leisten, aber am Samstag geht er auch einmal ins Wirtshaus. Seine Ehehälfte gibt ihm schon die gute Ermahnung, er solle nicht „Schafkopf“ spielen und nicht zu viel trinken, da er sonst wieder so viel Geld brauche. Der Michl lacht dazu und geht. Das Kartenspiel war im Wirtshaus das erste. Und nun wird es 12 Uhr. Der Michl hat schon zwei Mark verpielt und kann kaum noch seine Begehe bezahlen. Jetzt geht er mit Verdrub nach Hause. Als er am Sonntag früh mürrisch seinen Kaffee trinkt, geht die Tür auf, und der Verbandskassierer kommt. Der hat dem Michl gerade noch gefehlt; zwei Mark verloren, eine Mark verdrunken, nun kommt der auch noch und will eine Mark Verbandbeitrag haben. Er schnauzt den Kassierer fürchterlich an. Wo nur das viele Geld alles hintommt, welches Woche für Woche für den Verband bezahlt werden muß; und überhaupt: „Ich trete aus!“ In der Wohnung über dem Michl wohnen noch einige Leute, die schon lange meinen, sie brauchen keinen Verband mehr. Als der Verbandskassierer kam, hörten sie den Krach, den der Michl soeben mit ihm hatte. Wenn der Michl den Verband nicht braucht, dann brauchen sie ihn erst recht nicht. Sie traten auch aus. Und noch zwei andere Kolleginnen, die dem Verbandskassierer schon lange die Bücher vor die Füße werfen wollten, wenn er kommt, weil sie weniger Lohn bekommen, traten ebenfalls aus.

Nun blühte der Weizen des Fabrikherrn. Er redete den ausgetretenen Kolleginnen und Kollegen zu: „Endlich seid ihr so geistig geworden und geht nicht mehr das viele Geld für den Verband aus.“ Er verspricht ihnen dafür noch manches Geschenk. Bald darauf trifft das Geschenk ein. Woche für Woche kommt der Fabrikherr und bröckelt vom Tarifvertrage, der früher streng eingehalten werden mußte, etwas ab. Einige mußten ohne Bezahlung Überstunden machen. Die anderen, welche er im Betrieb schon lange nicht mehr gesehen hat, jetzt er auf die Straße. Mit Grauen sehen die Ausgetretenen diesem Spiele zu. Langsam, ganz langsam kam ihnen die Erkenntnis, daß sie doch lieber nicht hätten austreten sollen. Als ein neuer Tarif kommt, den sie vom nächsten Betrieb erfahren, und den

der Fabrikherr auch nicht bezahlt schlägt das dem Faß den Boden aus. Alle fahren am Sonntag in die Stadt zum Bezirksstellenleiter; der muß her und muß das Verbummelte, so gut es geht, wieder gutmachen. Arbeitszeit, Lohn, Kündigung, überall habert es, und Monate werden darüber vergehen, bis es dem Bezirksstellenleiter gelingt, den Tarifvertrag wieder durchzuführen.

Fünf und zehn Jahre waren die Ausgetretenen schon im Verband und Hunderte von Marken hatten sie schon in ihre Verbandsbüchlein geklebt, welche sie nun mit dem Austreten fortgeworfen haben. Bald darauf wird einer krank, der andere arbeitslos. Beide bekommen keine Unterstützung vom Verband, weil sie erst vor einigen Wochen neu eingetreten sind. Schwer, bitter schwer bereuen sie es nun, daß sie ausgetreten sind. So, oder ähnlich ergeht es vielen. Wenn's jetzt von unseren Kolleginnen und Kollegen, der möge sich trauen.

Noch einige Worte an unsere waderen Unterkassierer. Brave, treue und gute Menschen sind es, die Sonntags treppauf treppab von einem Mitglied zum anderen laufen und die paar Groschen für den Verband zusammentragen. Die Ortsgruppenkassierer bzw. Unterkassierer sind die Wurzel, welche dem mächtigen Baum, dem Verband der Fabrikarbeiter, seine Nahrung zuführen, damit er gedeihen kann und die Kraft besitzt, jedem Angriff der Kapitalisten zu trotzen. Kollegen und Kolleginnen, bedenkt, daß die Beitragskassierer mit die Treuepfosten von unseren Treuen sind, daß keine Ortsgruppe bestehen kann, wenn sie nicht einen guten Beitragskassierer hat. Unwürdig und unkollegial ist es von denjenigen, welche den Kassierer drei bis viermal kommen lassen, ehe sie so gefällig sind, nur 10 Pf. Erwerbslosenbeitrag zu bezahlen. Vieher läuft man sich im Wirtshaus voll, bis man nicht mehr stehen kann, oder gebraucht Ausdrücke wie: „Zuerst komme ich, dann kommt etwas anderes, und erst dann kommt der Verband“, und schickt den Kassierer mit Schimpf- und Spottreden fort. Sie glauben, sie können alle dreckigen Stiefel, die im Hause sind, an dem Verbandskassierer abputzen. Es muß jedes Mitglied zur rechten Zeit seine Pflicht tun, denn überall muß Ordnung herrschen.

Kolleginnen und Kollegen, seid stolz auf eure Organisation! Bringt auch unorganisierte Kolleginnen und Kollegen zum Fabrikarbeiterverband, da es noch so viele Unorganisierte in unseren Betrieben gibt; denn nur einig und geschlossen können wir vorwärtskommen. Wir müssen uns alle miteinander sagen, wir stehen fest und treu zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: **Mittling/Dersbarnen:** Georg Buchel, Mitgl.-Nr. 970 430; **Samburg:** Willy Einick, Mitgl.-Nr. 511 713 119. Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Sonneberg** Anton Striegel, Buchnummer P 108 464.

Furch im Wald.

Arbeitsangebote an das Schleif- u. Kofierwerk Furch i. Wald sind zu unterlassen, da eine Anzahl von arbeitslosen Kollegen selbst am Orte ist.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Heilbronn.

Wir suchen für spätestens 1. Juli einen tüchtigen **Geschäftsführer.**

Hervorragende Kenntnisse in der Kassenführung und Agitation sind unbedingt erforderlich. Bewerbungen wollen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit bis spätestens 1. Juni 1930 an die Adresse: **Georg Geiger, Heilbronn a. N., Wolhausstr. 25,** eingereicht werden. Die Ortsverwaltung.

Sprachkurse.

Anfang Juni beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Sommerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre; „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Aufbereitung von Aufträgen.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden im eigenen Heim der Sprachenschule, Berlin W 35, Potsdamer Str. 52, abgehalten. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Str. 52.

Arbeitsmarkt.

(Inserate unter Chiffre werden nicht angenommen.)

Arbeit suchen zwei **Maschinenglasmacher**, welche auch auf Murröhrglas, Nagen, Borstleichen und Abwahlen auf eingearbeitet sind. Offerten sind jetzt und in der nächsten Zeit zu richten an die Zahlstelle **Steinach-Neuhaus a. Dwg.** des Fabrikarbeiterverbandes.

Terrakottenformer für Bauferramit und sanitäre Artikel sucht Stellung. Wohnung braucht nicht vorhanden zu sein. Angebote an Zahlstelle **Bunzlau i. Schleif.**

Jungler lediger Porzellanmaler, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht Stellung. Angebote erwünscht an **Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Freiberg i. Sa., Prüferstr. 8.**

Mehrere junge Presser und Anfänger, gut eingearbeitet auf Akkumulatoren, Autoscheiben und Streichglas, suchen für sofort oder später Dauerstellung im In- oder Ausland. Angebote sind zu richten an: **Rich. Hübnert, Sojona, D.-R., Neue Mitte.**

Tüchtiger Apparatschleifer mit eigenen Leuten sucht wegen Stilllegung des Werkes einen geeigneten Posten. Zuschriften erbeten an **Wolff Weininger, Tischlerei u. Holzwerk (Oberpfalz), Parkstr. 475.**

Maschinen- und Brechglasarbeiter, perfekte Werkstelle, sucht dauernde Stellung. Inland oder Ausland. Angebote an die Zahlstelle der Fabrikarbeiter, **Bunzlau i. Schleif.**

Tüchtiger Glasmacher, in der Herstellung von Hosen, Schwämmern und Dfengzeugmaterial zuverlässig und erfahren, bisher in größerer Glasfabrik Süddeutschlands tätig, sucht seine Stelle zu verändern. Angebote erbeten an den **„Keramischen Bund“** unter „S. 20“.

Ein tüchtiger Kesselschmied, eingearbeitet in allen Sorten von Blechen, auch Weiglas und Ueberfang, Wohnung Bedingung. Angebote unter „S. 21“ an den **„Keramischen Bund“** erwünscht.

Jungler, tüchtiger Dreher und Gießer, in allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei und Gießerei bewandert, sucht Stellung in Porzellan- oder Steingutfabrik. Angebote erbeten unter „S. 22“ an die Redaktion **„Keramischer Bund“**.

Literarisches.

„**Volksgesundheit**“. Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform und Freikörperkultur mit der Beilage „Der Kleingärtner“, Herausgeber: **Verband Volksgesundheit, Dresden-A. 1, Schließbach 263.** Preis im Vierteljahr 2 RM, Einzelheft 50 Pf. Zu beziehen durch die Post, Buchhandlungen und den Verlag. — Die Hefte 4 und 5 sind wieder sehr gut illustriert. Heft 5 enthält eine zweifelhafte Photomontage. Die Aufnahmen dazu stammen aus der Arbeit der sozialistischen Freikörperkulturgruppen des Verbandes. Die Artikel bringen sehr viel Wissenswertes.

„**Sammlung neuer Freidenkerlieder**“. Hervorgegangen aus einem vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V. veranstalteten Preiswettbewerb. Herausgegeben vom Kultursekretariat des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V. Sitz: Berlin, Gut Karioniert 1 RM. (Preis für Arbeiterorganisationen 0.80 RM.). — Der „**Freidenker**“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. Mit der Herausgabe dieser neuen Lieder mit sozialistisch-freidenkerischer Tendenz ist ein in letzter Zeit stark spürbar aufgetretener Mangel beseitigt worden. Bei der Zusammenstellung ist Wert darauf gelegt worden, breiten Volksschichten die Musik zu bieten, die von ihnen sofort verstanden wird. Die Gesänge sind daher vorwiegend im volkstümlichen Charakter gehalten, und auch da, wo sie dem Konzertlied nähern, ist eine leicht fassliche, singbare Melodie und einfache Struktur bevorzugt worden. Die jeder Problematik aus dem Wege geht. Dieses Liederbüchlein darf in keiner Arbeiterorganisation fehlen! für Freidenker-Ortsgruppen ist es überhaupt unentbehrlich.

„**Marx und Engels als Freidenker in ihren Schriften**“. Ein Hand- und Kampfesbuch, zusammengestellt und angeleitet von **Alexica Balabanoff**, mit Schlussbemerkungen von **Max Sievers**, Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes. 110 Seiten. Gut karioniert 1.25 RM. (Preis für Arbeiterorganisationen 1 RM.). — „**Der Freidenker**“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W 29, Gneisenaustraße 41. — Diese Ausgabe aus den Schriften von Marx und Engels soll den fortgeschrittenen Arbeiter nicht nur bekanntmachen mit den Ansichten unserer heiden Groß- und Altmeister über Religion und Religiosität, sondern sie will darüber hinaus zeigen, daß der dialektische Materialismus, wie ihn Marx und Engels ausgearbeitet haben, und der auch heute noch die unverrückbare Grundlage des Marxismus und des proletarischen Kampfes gegen den Kapitalismus überhaupt ist, zur Vorbedingung hat die Grundlaxe aller Metaphysik und damit auch aller Religion und Religiosität; diese mögen in welcher Form immer und in welcher Verkleidung immer sich geben. Jeder Funktär der Arbeiterbewegung sollte sich in die Gedankenwelt eines Karl Marx hineinarbeiten; er wird dann nicht nur tiefstes Erleben verspüren, sondern auch geistiges und politisches Rüstzeug von bleibendem Wert besitzen; Rüstzeug, das im Kampf gegen Kirche und Religion unentbehrlich ist.

„**Gesundheit**“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des beruhtigen Volkes. Herausgeber: **Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137.** Die Mai-Nummer der „Gesundheit“, der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Kassenschaltern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes ist der Internationalen Hygiene-Anstalt in Dresden gewidmet.

„**Wohnungs-Wirtschaft**“. Sonder-Nummer **„Dewoarbeit in Oberschlesien“**. Bezugsgebühr vierteljährlich 1.50 RM. Gute photographische Aufnahmen, Lagepläne und Grundrisse verleihen dem vorliegenden Heft der **„Wohnungs-Wirtschaft“** eine angenehme Bildwirkung. Die **„Wohnungs-Wirtschaft“** erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Die Bezugsgebühr nimmt jede Postanstalt sowie die Geschäftsstelle Berlin S 14, Wallstraße 58, entgegen.

Internationales

Der Internationale Gewerkschaftsbund im Jahre 1928.

(IGB.) Der Aprilnummer der Monatsschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ entnehmen wir nachstehende endgültige Angaben über die Mitgliederzahlen der zum IGB. angeschlossenen Organisationen am 31. Dezember 1928.

Im Jahre 1928 blieb die Zahl der dem IGB. angeschlossenen Landeszentralen die gleiche, nämlich 28. Neu angeschlossenen hat sich die griechische Landeszentrale; hingegen mußte der Gewerkschaftsbund Litauens infolge des dort herrschenden Terrors aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

Die Mitgliederzahl der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ist im Jahre 1928 von 13 144 225 auf 13 516 269 gestiegen, d. h. um 372 044 (2,8 Proz.) gegenüber 305 051 (2,4 Proz.) im Vorjahre.

Die Mitgliederzahlen der verschiedenen Landeszentralen und die Zahlen der angeschlossenen Organisationen lauteten am 31. Dezember 1928 und 1927 wie folgt: Argentinien: 82 000 und 14 (1927: 82 574 — 14); Belgien: 518 658 und 26 (1927: 530 575 — 26); Bulgarien: 2450 und 34 (1927: 2485 — 34); Dänemark: 155 978 und 53 (1927: 156 425 — 52); Deutschland (ADGB.): 4 866 926 und 35 (1927: 4 415 689 — 38), (AIA.): 421 06 und 14 (1927: 394 801 — 14); Estland: 5506 und 19 (1927: 5071 — 26); Frankreich: 640 790 und 38 (1927: 605 250 — 37); Griechenland: 52 775 und 25 (1927: noch nicht abgeschlossen); Großbritannien: 3 673 144 und 202 (1927: 3 874 842 — 196); Italien: (Mitgliederzahlen liegen nicht vor); Jugoslawien: 36 044 und 32 (1927: 33 217 — 27); Kanada: 143 582 und 138 (1927: 146 195 — 145); Lettland: 21 888 und 23 (1927: 18 732 — 20); Litauen: 1927: 18 486 und 9 (1928: nicht mehr abgeschlossen); Luxemburg: 15 377 und 11 (1927: 14 179 — 12); Memelgebiet: 1064 und 5 (1927: 1024 — 5); Niederlande: 220 545 und 28 (1927: 202 696 — 29); Oesterreich: 766 168 und 49 (1927: 772 762 — 51); Palästina: 21 302 und 35 (1927: 21 873 — 35); Polen: 272 317 und 29 (1927: 271 531 — 30); Rumänien: 41 421 (1927: 26 783); Schweden: 469 409 und 36 (1927: 437 974 — 36); Schweiz: 176 438 und 15 (1927: 165 692 — 17); Spanien: 221 000 und 716 (1927: 221 000 — 33); Süd-Afrika: 8212 und 36 (1927: 60 660 — 54); Südwest-Afrika: 600 und 8 (1927: 600 — 6); Tschechoslowakei: 557 191 und 71 (1927: 541 637 — 71); Ungarn: 124 378 und 37 (1927: 127 422 — 39).

Bei 15 Landeszentralen (im Jahre 1927 bei 12), nämlich Deutschland (ADGB. und AIA.), Estland, Frankreich, Jugoslawien, Kanada, Lettland, Luxemburg, Memelgebiet, Niederlande, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz und der Tschechoslowakei hat die Mitgliederzahl zugenommen, während bei 10 Landeszentralen (im Jahre 1927 bei 7), und zwar Argentinien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Großbritannien, Litauen, Oesterreich, Palästina (die Mitgliederzahl hat nur scheinbar abgenommen, weil sie für 1927 zu hoch angegeben war), Süd-Afrika und Ungarn, ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist.

Die Gewerkschaftszentralen der nachfolgenden Länder weisen die größte Steigerung der Mitgliederzahlen auf: Rumänien (54,3 Proz.), Lettland (16,8 Proz.), Deutschland (A. IGB. 10,2 Proz.), Niederlande (8,8 Proz.), Estland (8,6 Proz.), Jugoslawien (8,5 Proz.), Luxemburg (8,4 Proz.). Was Rumänien betrifft, so muß hinzugefügt werden, daß sich die zugegebene Mitgliederzahl auf den 30. Juni 1929 bezieht, und sich somit die Steigerung über 1 1/2 Jahre erstreckt.

Der größte prozentuale Verlust weist Süd-Afrika (86,5 Proz.) auf. Im übrigen sind die Verluste gering.

Am absoluten Verlust ist Großbritannien am stärksten betroffen, dessen Mitgliederzahl um rund 200 000 zurückgegangen ist. Der britische Bergarbeiterverband hat zu dieser Abnahme den größten Anteil, und zwar verringerte sich seine Mitgliederzahl um 125 000.

Ueber den Anteil der Frauen in der Gewerkschaftsbewegung ist folgendes zu sagen: Am 31. Dezember 1928 waren von 12 633 346 (1927: 11 831 204) Mitgliedern die Zahlen der Männer und Frauen bekannt, und zwar 10 230 713 Männer (1927: 10 146 953) bzw. 1 822 633 Frauen (1927: 1 687 251).

Der prozentuale Anteil der Frauen in der Gesamtbewegung ist durch im Jahre 1928 von 14,3 Proz. auf 15,1 Proz. gestiegen.

Von den 16 Landeszentralen, worüber Angaben vorhanden sind, ist der Prozentsatz der Frauen in 8 gestiegen und in 8 zurückgegangen.

Die größte Zunahme des Prozentsatzes der Frauen ist in folgenden Ländern zu verzeichnen: Ungarn (von 14,7 Proz. auf 16,0 Proz.), Großbritannien (von 10,4 Proz. auf 12,7 Proz.), Deutschland (AIA. von 21,0 Proz. auf 22,2 Proz.), Lettland (von 23,1 Proz. auf 24,2 Proz.). Der Rückgang ist am stärksten in Palästina, und zwar von 27,6 Proz. am 31. Dezember 1927 auf 18,9 Proz. am 31. Dezember 1928.

Den größten Prozentsatz der Frauen weisen die nachstehenden Länder auf: Memelgebiet (26,4 Proz.), Dänemark (25,3 Proz.), Lettland (24,2 Proz.), Deutschland (AIA. 22,2 Proz.), Oesterreich (21,9 Proz.) und die Tschechoslowakei (21,5 Proz.).

Die Niederlande haben noch immer den niedrigsten Prozentsatz der Frauen zu verzeichnen, und zwar 6,4 Proz.

Was die Zahl der den Landeszentralen angeschlossenen Organisationen betrifft, kann mitgeteilt werden, daß diese Zahl sich um 672 erhöht hat, und zwar von 1067 auf 1739. Diese beträchtliche Steigerung wird dadurch erklärt, daß der spanische Gewerkschaftsbund diesmal auch die örtlichen Organisationen, die der Landeszentrale direkt angehören, angegeben hat, während er früher nur die organisierten Berufe zählte. Läßt man Spanien außer Betracht, so ergibt sich, daß die Zahl der den Landeszentralen angeschlossenen Organisationen dieselbe geblieben ist.

In nachstehenden Ländern hat sich die Zahl der angeschlossenen Organisationen erhöht: Großbritannien (6), Jugoslawien (5), Estland (3), Lettland (3), Südwest-Afrika (2), Dänemark (1), Frankreich (1). Griechenland hat sich mit 25 Organisationen angeschlossen. Zurückgegangen ist die Zahl der angeschlossenen Organisationen in den nachfolgenden Ländern: Süd-Afrika (18), Kanada (7), Deutschland (ADGB. 3), Oesterreich (2), Schweiz (2), Ungarn (2), Luxemburg (1), Niederlande (1), Polen (1). Litauen mußte mit 9 Organisationen aus der Mitgliederliste gestrichen werden. Bei Beurteilung des Rückganges der Zahl der angeschlossenen Organisationen muß berücksichtigt werden, daß dies zum Teil auf die zunehmende Konzentration in der Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen ist.



1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate

LINDCAR-FAHRRADWERK
Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

Unternehmen der Gewerkschaften

Auskunft und Bestellung durch alle gewerkschaftlichen Verbände und Ortsausschüsse und direkt durch die Firma

Unseren Frauen u. Mädchen

25 Jahre Säuglingsfürsorge in Deutschland.

Vor 25 Jahren, am 10. Mai 1905, wurden in Berlin die ersten vier Säuglingsfürsorgestellen die zugleich die ersten und vorbildlichen Fürsorgestellen des ganzen Deutschen Reiches wurden, der Öffentlichkeit übergeben. In diesen 25 Jahren haben die Fürsorgestellen reichen Segen gebracht, denn die Ernährung und Pflege der Säuglinge wurde ebenso dadurch gefördert, wie die Propaganda für die Stillung der Säuglinge durch die Mütter. Als im Jahre 1905 die ersten Säuglingsfürsorgestellen errichtet wurden, waren die neugeborenen Kinder durch eine veraltete, den Gesetzen der Gesundheit widersprechende Pflege und Ernährung nicht nur den Gefahren der englischen Krankheit ausgesetzt, sondern auch den Krankheiten, die einen schwächlichen Kindeskörper bedrohen, wie Tuberkulose, Darmkrankheiten usw. Damals galt es als Pflicht der Mütter, die Säuglinge fest verpackt in der Wiege oder im Kinderwagen zu halten und vor den Strahlen der Sonne möglichst zu beschützen. Die Ernährung erfolgte durch Stundenlang geflochtene Milch, die auf diese Weise angeblüht keimfrei gemacht werden konnte. Dafür erhielten die Säuglinge soviel Nahrung, wie in den kleinen Körper hineingepreßt werden konnte. Erreicht wurde dadurch, daß die Säuglinge aufgeschwemmte Gesichtser und Bäuche hatten und schon in den ersten Monaten ihres Lebens alle Anzeichen der Rachitis aufwiesen. Sehr viele künstlich ernährte Säuglinge litten an Kalkarmut der Knochen, und wenn sie die ersten Gebveruche machten, dann zeigten ihre Beine die häufig gekrümmten Linien, die auch noch im späteren Leben das äußere Ansehen stark beeinträchtigen. Als die neue Wissenschaft von der Pflege des Kindes die Ursachen dieser fürchterlichen Erscheinungen festgestellt hatte, wurden die Kinderfürsorgeanstalten ins Leben gerufen, um die segensreichen Erfahrungen der Ärzte auch den Kindern der Ärmsten zugänglich zu machen. Vor allen Dingen wurde eine Stillpropaganda eingeführt, da man festgestellt hatte, daß die von den Müttern gestillten Säuglinge nur in sehr verschwindend geringer Zahl unter den obenerwähnten Erscheinungen litten. Auf Veranlassung der Säuglingsfürsorgestellen wurden sogar Stillprämien eingeführt, um auch den armen Frauen die Möglichkeit zu gewähren, ihre Säuglinge selbst zu nähren. Da dies nicht in allen Fällen möglich war, so wurden im Volk die Grundstoffe verbreitet, die für eine vernünftige künstliche Ernährung der Kinder maßgebend und als heilsam erkannt worden waren. Ein Haupterfordernis wurde in der Vitaminreichen Ernährung erkannt. Die Pflege wurde dann auf die Kleinkinder ausgedehnt. Sie alle bekamen Milch, die zwar keimfrei gemacht worden war, aber nicht aller Vitamine durch langes Kochen beraubt wurde. Das Gebelien der Kinder wurde ärztlich überwacht. Aufstellensäfte und anderer Fruchtstoffe wurde nach Vorschrift der Ärzte gegeben. Die verpackten Wickelkinder verschwanden und wurden durch völlig freie Babys abgelöst, die sich nach Personalluft bewegen konnten, und so viel wie möglich der Sonne ausgesetzt wurden. Es war nämlich erkannt worden, daß die ultravioletten Strahlen des Sonnenlichts zur Kräftigung des kindlichen Körpers und zur Verhütung der Rachitis unendlich viel beitragen. Ja, man ging sogar dazu über, mit den Säuglingen zu turnen. Babys, die früher ängstlich vor jedem Zugriff behütet worden waren, werden an den Beinen gefaßt und auf diese Weise zu Turnbewegungen genötigt. Natürlich darf man des Guten nicht zu viel tun, sondern muß sich stets an die Vorschriften der Ärzte halten, die in allen Fürsorgestellen des Reiches zur Beratung der Mütter vorhanden sind. So gedieh ein neues Kindergeschlecht, das nur sehr wenig den Anzeichen der früheren Generation ausgesetzt war. Die englische Krankheit verschwand fast völlig. Die volksmordende Seuche, nämlich die Lungen-tuberkulose, wurde so stark zurückgebrängt, daß ein Sinken um 50 Proz. der Erkrankungen festgestellt wurde, obwohl die sozialen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit der Entwicklung der Tuberkulose günstig waren. Heute sind bereits 75 Proz. aller Säuglinge des Deutschen Reiches von der Fürsorge erfasst. Der Rest setzt sich aus solchen Kleinkindern zusammen, deren Eltern in der Lage sind, die Fürsorge entbehren zu können. In den meisten Großstädten und sehr vielen mittleren und kleinen Städten befinden sich heute bereits Fürsorgestellen. In Berlin gibt es 81 Fürsorgestellen mit 57 leitenden und 63 helfenden Ärzten, sowie 208 Gesundheitsfürsorgeschwestern. Ferner sind noch außerdem 30 Fürsorgestellen für Tuberkulosebekämpfung vorhanden. Die Gesamtsterblichkeit ist von 30 Proz. auf 8 bis 9 Proz. gesunken, und 300 000 Säuglinge werden jährlich auf diese vorbildliche Weise dem Tode entzogen.

Frauenarbeit und Frauengesundheit.

Die gewaltigen Arbeitsleistungen, die die Frauen vollbringen, werden in der Regel viel zu wenig beachtet. Die Tätigkeit der Hausfrau z. B. wird ziemlich gering eingeschätzt. Doch behauptet man, daß die Tätigkeit der Hausfrau die Gesundheit der Familie und die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Der Beschäftigungsgrad der Frauen hat nach dem Kriege gewaltig zugenommen. Nicht weniger als 4,5 Millionen Frauen finden in Handel, Verkehr, Industrie und Handwerk Beschäftigung. Teilweise sind die Verhältnisse so, daß der Ehemann erwerbslos ist, und die Frau und Mutter neben ihren zahlreichen häuslichen Pflichten durch Fabrikarbeit den Unterhalt der Familie erwerben muß. Der bekannte Universitätsprofessor Dr. W. Lippmann und Direktor des Instituts für Frauenkunde macht in Nr. 5 der Zeitschrift „Gesundheit“ auf den Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und Frauengesundheit aufmerksam. Der Ueberanstrengung des weiblichen Körpers muß durch gesundheitliche Maßnahmen entgegengetreten werden. Zunächst muß die schwangere Frau die größtmögliche Schonung durch die Gesetzgebung erhalten. Diese Pflicht kann erst als erfüllt gelten, wenn in der arbeitsfreien Schwangerschaft vor und nach der Geburt die Frauen denselben Grundlohn erhalten wie vorher. Wenn anderenfalls werden sie, durch die Not der Familie gedrängt, eine Änderung ihrer fähigen Existenz nicht ertragen wollen und dadurch, wie die Erfahrung lehrt, ihren schwangeren Zustand bis zum äußersten Zustand verbergen. Bei stehender Beschäftigung sollen die Frauen anstatt der kantigen bequemen Schuhe, ähnlich unseren Ertenschuhen, mit Haden tragen, um Plattfußbildung zu vermeiden. Bei stehender Arbeit muß auf die Körperhaltung Wert gelegt werden. Hier leisten die neuen Arbeitsstühle mit beweglicher Rückenlehne gute Dienste. Ebenso wichtig sind bei Arbeiten stehender Art die Fußstützen. Um eine übermäßige Muskelbeanspruchung zu vermeiden, sollten bei den Frauen alle technischen Fortschritte angewandt werden. Bei kalten Fußböden sind Holzbohle zu fordern. Die einseitige Muskelbeanspruchung beim Dauern des Stehen oder Sitzen auszugleichen, empfiehlt Lippmann ferner in den Pausen sogenannte Ausgleichübungen vorzunehmen. Am besten ist es, wenn die Pausen — wo irgend möglich — in frischer Luft abgehalten werden. In Zeiten der Menstruation und der Schwangerschaft

sollten überall Ruheräume und Siegesofen vorhanden sein, um den Frauen die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend zu erholen. Die richtige Ausnutzung der Freizeit ist für die Gesundheit der Frau von allergrößter Wichtigkeit. In der Tat handelt es sich hier um ein so kostbares Gut, daß keine Mittel und Kosten gescheut werden müßten, um sie zu erhalten. Die Gewerkschaften waren seit jeher in dieser Beziehung tätig und werden ihre Anstrengungen gemeinsam mit den Krankenkassen fortsetzen.

Wechseljahre nur Schreckgespenst.

Die Frauenärzte haben uns gelehrt, das Klimakterium als eine gesundheitlich und seelisch äußerst kritische Zeit zu betrachten. Trotz einer Kleopatra, einer Minon oder Lenchos und anderer historischer Beispiele von weiblicher Liebesfähigkeit und weiblichem — heute würde man sagen — „sex appeal“ bis ins Alter hinein befürchten die meisten Frauen von diesem Uebergang, der in ihren Augen ein Untergang ist, den Verlust ihrer erotischen Erlebnisfähigkeit. Die Wechseljahre sind das drohende Verhängnis über vielen Ehen und Liebesbünden, das „unhappy end“, das dann auch wirklich eintritt, weil es so intensiv herbeigefürchtet wird. Nicht zuletzt ist das Klimakterium ein Hindernis mehr, das man dem beruflichen Vorwärtstreben der Frau zu leistenden Posten entgegenstellt, da sie wegen ihrer „gesundheitlichen Belastung“ doch unmöglich den Anforderungen gewachsen sein könne.

Nunmehr tritt der weibliche Mediziner auf den Plan mit dem Nachweis, daß die Anschauungen über den krankhaften Klimakteriumszustand, die so eifrig von den Ärzten genährt werden, sich zumeist auf das Material von Patientinnen stützt, die wirklich oder eingebildet leidend die Sprechstunden der Gynäkologen besuchern. Die Mehrheit aber ist gesund und überwindet auch die Wechseljahre ohne große Störungen.

In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ hat Dr. med. Helene-Friederike Stelzner es unternommen, das fürchte und gefährliche „Märchen von den Wechseljahren“ zu zerstören. Sie enthielt seinen Charakter als Symbol der männlichen Vorherrschaft. In der Tat ist die Grenze der gesellschaftlich anerkannten weiblichen „Blütejahre“ im gleichen Verhältnis hinausgerückt worden, wie die Frau sich emanzipierte. Heute wird als letzte Bastion auch das Klimakterium genommen, hinter dem männliche Lieberheblichkeit und weibliche Minderwertigkeitskomplexe sich noch verbergen.

Die Lebensstufen der Frau verlaufen so, daß die ersten zwanzig Jahre dem Aufbau und der Reife des Körpers dienen, daß zwischen 20—45 Jahren die Zeit einer gesunden Sexualbetätigung und Fortpflanzung liegt, und vom 45. Jahr ab frühelstens der Abbau bestimmter Organgruppen beginnt. Danach verbleiben noch 30—40 Jahre weiterer Lebensmöglichkeit, die der Statistik nach viel häufiger den Frauen zugute kommt — infolge ihrer regelmäßigen und rauchgiltfreien Lebensweise — als den Männern. In der gesund und normal empfindenden Frau wehrt sich bewußt oder unbewußt alles gegen das Urteil einer gynäkologischen Autorität wie Prof. Sellheim, der in seinem Buch sagt: „Die Frau ist mit dem um etwa 45 Jahre eintretenden Wechsel sexual so gut wie erledigt.“ Wie stark die Wirklichkeit diesem, wohl zumeist an kranken Frauen gebildeten Urteil widerspricht, beweisen die zahlreichen glücklichen Paare, deren Ehe glückselig ohne Anstoß über die Klippe Klimakterium hinweggleitet, beweist die Jugendlichkeit vieler lediger Frauen, die noch weit entfernt vom Verzicht sind und beweisen die gar nicht seltenen Heiraten von Witwen im „gelebten“ Alter. Allerdings rächen die Wechseljahre auch zuweilen Verheerungen an, dies aber hauptsächlich durch die Suggestion, die von ihnen ausgeht infolge der medizinischen Ueberreibungen und der nur zu beliebten

Gruselgespräche der Frauen untereinander. Die Suggestion erzeugt geradezu eine „krankheitsfördernde Einstellung“ und lange vor Eintritt des Klimakteriums „affektive Reizzustände“ mit der Folge eines beschleunigten oder verlangsamten Menstruationstyps sowie dem Verlangen vor besonderen Anforderungen des Lebens und der Umwelt. Es gibt Frauen, die mit Ende der dreißiger Jahre schon der schädlichen Suggestion verfallen und mit ihren fortschrittlichen Ideen sich und ihrer Umgebung das Dasein verbittern. Ein wirklich schmerzlicher Abschied sind die Wechseljahre nur für jene Frauen, die als Vertreterinnen des „Gennentyps“ Sinn ihrer Sexualität, ja ihres ganzen Lebens nur im Gebären einer möglichst großen Anzahl von Kindern erblicken, und für die jedes keinen Wert mehr hat, sobald diese Möglichkeit abgeschlossen ist. Wir müssen hinzufügen, daß auch für solche Frauen der Abschied schmerzlich und eine seelische Belastung darstellt, die bis zuletzt vergeblich auf Erfüllung ihrer Sehnsucht nach Mutterchaft gehofft hatten.

Die normal veranlagte, seelisch unbelastete Frau empfindet sich im Klimakterium nicht als krank, sondern ist, zumal wenn sie angestrengt tätig ist, froh, die unangenehme Menstruation nicht mehr ertragen zu müssen. Solche Frauen geben oftmals erst in der Nachklimakteriumszeit ihr Bestes in Arbeit, Sport, wissenschaftlichen Leistungen und seelisch-geistiger Regsamkeit. Ihre Zuverlässigkeit und ihr steter Fleiß übertrifft meist die Qualitäten ihrer jüngeren Geschlechtsgenossinnen. Dr. Stelzner hat 200 Schweizer Frauen untersucht, die denen vorzeitig durch operative Eierstockentfernung das Klimakterium eingetreten war. Keine von ihnen klagte über Beschwerden oder Veränderungen des Geschlechtstriebes.

Auch das Klassenmoment darf bei der Beurteilung der Wirkungen der Wechseljahre nicht außer acht gelassen werden. Den Weg zum Frauenarzt wegen Klimakteriumsbeschwerden gehen am meisten einerseits die überzarten, überzüchteten Luxusgeschöpfe, die der Psychose widerstandslos erliegen, andererseits über die „Rasse“ jene zahllosen, durch Doppelarbeit, viele Geburten, Abtreibungen und rohe Sexualität des Mannes frühzeitig verbrauchten und sexual abgestumpften Proletarierfrauen, deren geschwächte Gesundheit bei der geringsten Störung erliegt.

Von der gesunden, fortschrittlich eingestellten Frau aber sagt Dr. Stelzner mit Recht: „Sie ist mit Aufhören der sinnfälligen Geschlechtsfunktionen nicht plötzlich zu einem Zwischenglied geworden, sondern zu einer in körperlicher und seelischer Richtung Befreiten.“

Frauentellarbeit.

Im Dienste der Vortreibung, die Lohnarbeit verheirateter Frauen einzuschränken, wurde in Frankfurt a. M. in der Woche 1928 ein Arbeitsnachweis für Frauen gegründet, der sich zum Ziel setzte, verheirateten Frauen Halbtagearbeit zu verschaffen. Aus dem Bericht dieses Arbeitsnachweises über seine Tätigkeit in den seit seiner Gründung verfloffenen anderthalb Jahren geht hervor, daß für Halbtagearbeit ein großes Angebot, jedoch eine verhältnismäßig geringe Nachfrage zu verzeichnen war. In letzter Zeit hat sich die Nachfrage nach solchen Arbeitskräften allerdings erhöht, u. a. will auch ein großes Warenhaus Verkäuferinnen für Halbtage anstellen. Unter Halbtage wird nicht nur eine Halbtagsarbeit verstanden, sondern auch die Beschäftigung in den Morgen- oder in den Abendstunden oder täglich bzw. wöchentlich einige Stunden, wie auch die Vollbeschäftigung an einigen Tagen der Woche. Solche Arbeitskräfte wurden überwiegend als Büro-personal gesucht, in Industriebetrieben für leichtere Arbeiten in der Schokoladen-, Schuh-, Porzellan- und Textilindustrie usw. Die Vortreibung weibliche Arbeitskräfte nur halbtägig zu beschäftigen, dient in Frankreich, wo dauernd Arbeitermangel herrscht, nicht dem Zweck der Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern wird allein unter beherrschungspolitischen Gesichtspunkten geführt, damit die Frauen einen größeren Teil ihrer Zeit der Erziehung ihrer Kinder widmen können.



Jugendberatung und Jugendnot.

Eine Berliner private Jugendberatungsstelle hat nach dem ersten Jahre ihres Bestehens eine Uebersicht über ihre Tätigkeit herausgebracht. Für uns ist das Material aus dem Grunde bedeutungsvoll, weil es zeigt, welche Wünsche die Jugendlichen haben. Es eröffnet einen aufschlußreichen Einblick in die Beweggründe, welche die Jugendlichen veranlassen, die Beratungsstelle aufzusuchen. Daß dabei die Berufsangelegenheiten in den Vordergrund stehen, kann nicht überraschen. Das Berufsleben der Jugendlichen wird heute von vielen Härten heimgesucht, es sind Dornen, die am Arbeitsweg der Jugendlichen stehen. Dank der rührigen Tätigkeit der Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren der Jugendlichen besonders angenommen haben, ist schon vieles besser geworden.

Die Beratungsstelle wurde in dem Berichtsjahre von 667 Jugendlichen aufgesucht. Davon waren 419 Jungen und 248 Mädchen. Das Alter der beratenen Jugendlichen schwankte zwischen 15 bis 20 Jahren. Es waren 144 Lehrlinge, 112 lauffähige Angestellte, 197 gelernte und ungelernete Arbeiter, 86 Schüler, 51 Studenten, 18 Hausangestellte und 59 haben ihren Beruf nicht angegeben. 264 Jugendliche waren arbeitslos, 58 obdachlos und 93 hatten Mangel an ausreichender Bekleidung. Hierin ist bemerkenswert die hohe Zahl der jugendlichen Arbeitslosen. Das sind die Opfer der verkehrten Wirtschaftspolitik der Unternehmer, denen die große Arbeitslosigkeit der beste Helfersheffer ist, um einen Druck auf die Löhne ausüben zu können.

Was wollten die Jugendlichen? 107 kamen wegen Konflikte mit den Eltern und Pflegern, 15 suchten Anstoß und Gemeinschaft, 49 hatten Konflikte mit ihrem Arbeitgeber und 25 mit der Schule und dem Lehrer, 57 Jugendliche kamen in Fürsorgeerziehungsläden und 39 wegen Straftaten, 142 wollten in Berufsangelegenheiten beraten werden und suchten Stellung, 46 boten um Unterbringung für die Schwangerschaftszeit und Erledigung von Alimentenangelegenheiten, 136 Jugendliche erbaten Sexualberatung und 51 wollten sich in verschiedenen anderen Angelegenheiten beraten lassen.

Daran zeigt sich, daß Berufs- und Sexualfragen und Konflikte mit den Eltern in dem Vordergrund stehen. Auch die Konflikte mit dem Unternehmer nehmen einen hohen Prozentab ein. Es waren hauptsächlich Lehrlinge, die wegen Konflikte mit dem Unternehmer erlittenen. Daß sie nicht den richtigen Weg gewählt haben, liegt klar auf der Hand. Eine private Einrichtung kann Arbeitskonflikte nicht beseitigen, dazu sind die Gewerkschaften da, die nicht nur darin geschulte Kräfte besitzen, sondern auch über Erfahrungen verfügen. Die Notwendigkeit des Anschlusses an die Berufsorganisation wird gerade dadurch bewiesen. Die meisten Jugendlichen suchten Rat in Berufs-

angelegenheiten. In solchen Fragen Rat zu erteilen, ist eine solche private Einrichtung auch nicht die richtige Stelle.

Die Not der Jugendlichen ist zum auslagengebenden Teil eine wirtschaftliche Angelegenheit. Die Existenzfrage spielt bei dem größten Teil der Ratnehmenden die wichtigste Rolle. Die Unsicherheit und die Verzweiflungssituation, die schon viele Jugendliche zu verhängnisvollen Schritten getrieben hat, brückt allen Fragen den Stempel auf. Niemand holt sich aus Uebermut Rat. Was man will, ist Hilfe, Hilfe in einer Lage, aus der man allein keinen Ausweg mehr finden kann. Die Arbeiterjugend ist doppelt schwer von der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit betroffen. In jeder Familie ist einer arbeitslos, und die Aussichten für dauernde Beschäftigung sind äußerst gering. Bei den heutigen trostlosen Wirtschaftsverhältnissen hat jede Jugendberatungsstelle einen großen Falan, aus der Hoffnung heraus, daß vielleicht dort Hilfe wird, kommen die Jugendlichen.

Doch wäre es um sie und ihre Zukunft verhängnisvoll, wenn die Jugendlichen den Mut ihnen lassen würden. Erinnern wir uns des großen Goetheischen Dichterswortes: Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert muß. In diesem Sinne weitertragen um ein besseres Los der Arbeiterklasse, das muß auch weiterhin unsere Lebensaufgabe sein.

Jugend marschier im Gau 8.

Trotz mancher Schwierigkeiten ist es möglich geworden, in Pöhl alle in unseren Industriegruppen beschäftigte 58 Jugendliche im Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gewerkschaftlich zu organisieren. Die jungen Kollegen sind in einer besonderen Jugendgruppe zusammengelassen. Gemeinshaftlich mit der Ortsverwaltung veranfaßt die Gruppenleitung Veranstaltungen, die den Interessen der Jugendlichen und des Gesamtverbandes angepaßt sind.

In König und Stadtlängsfeld haben die Jugendlichen ebenfalls geeignete Maßnahmen ergriffen, um unsere jugendlichen Verbandsmitglieder im Rahmen der Jugendbewegung besonders zu betreuen.

In Jena besteht seit kurzer Zeit ebenfalls eine Jugendgruppe unseres Verbandes, die monatlich ihre besonderen Zusammenkünfte hat. Unsere jungen Freunde sind mit Lust und Liebe bei der Sache.

In Blauenberg sind die ersten Vorarbeiten zur Belebung der Jugendbewegung erledigt. Wir erhoffen auch dort einen Erfolg.

Den übrigen Bezirksstellen empfehlen wir, obigen Beispielen nachzueifern. Die Gaulitung bildet in allem gerne mit uns rüch ans Werk!
E. Schö.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

Er lagte beim Weggehen des Strohes vor sich hin, daß die andern von seinem Lachen angestekt wurden. Oberförster Gille- ring stieß den jungen Gendarm, der erst seit einigen Wochen in Friedrichshammer stationiert war, verstoßen mit dem Ellenbogen in die Seite und tippte hinter Jaskus Rücken mehrmals auf seine Stirn. Der Gendarm verstand ihn sofort und flüsterle: „Gemeingefährlich oder harmlos verrückt?“

„Harmlos und gefällig!“ erwiderte ebenso leise der Oberförster. „Ich glaube, der ist so dumm, daß er nicht einmal einen Haken in der Schlinge fängt.“

Das Stroh war beiseite geräumt. Der Gintherbauer hielt die Laterne, die nur einen mageren Lichtkreis zutrug auf die Erde warf, über die freie Fläche. Alle starrten nach der Erde. Der Gendarm kniete sogar nieder, um besser zu sehen.

„Um!“ brummte er nach einer Weile, „hier hat sich jemand auf eisenbeschlagenen Nägeln herumgedreht. Der Latbestand ist ziemlich klar. Der Täter — es kommt nur ein Mann in Frage — hat das Kind auf die Schwelle gelegt und sich rasch auf dem Absatz umgedreht, um davonzulassen. Davon ist dieses Loch entstanden. Aber gerade durch die Drehung ist die Deutlichkeit der Spur völlig verlorengegangen.“

Was es für ein Stiefel gewesen sein kann, ist wohl nicht zu erkennen?“ fragte der Oberförster. Die Woroweer haben alle eine Sorte Abfäße, die der Schuster Simmel seit dreißig Jahren nach einem Schema und nach seinem breiten Daumen macht.“

„Dahaha!“ legte Jasku mit einem idiotischen Lachen los. „Schuster Simmels Abfäße sind alle gleich. Ich hab auch welche! Wir können gleich einmal sehen, ob meine Abfäße in das Loch passen.“

„Sie!“ schimpfte der Gendarm, „komm ja nicht mit deinen Stiefeln in das Loch. Deine Kommissare sind viel zu groß!... Nein, Herr Oberförster, das muß ein ziemlich kleiner, vielleicht sogar besserer Stiefel gewesen sein.“

„Und ich hab' gedacht, das Loch ist gerade von mir!“ fächerte Jasku Gintherbauer.

Der Oberförster tippte dem Gendarmen auf die Schulter und nahm ihn, als er aufgestanden war, beiseite und flüsterle ihm lange ins Ohr. Jasku entging nichts. Er machte seine Ohren lang und stieg mit dem Köcher wie ratlos um die beiden herum.

„Wenn das der Fall ist, wollen wir unsere Nase nicht zu tief in die Sache stecken“, meinte der Oberförster leise. „Sind Sie sicher, daß es ein feiner...“

„Vielleicht sogar eleganter...“

„Niiii!“ püffte der Oberförster durch die Zähne. „Sicher?“

„Ich komme gerade von der Gendarmerschule. Da sieht das Eingepauste noch.“

„Dann ist es besser, wenn wir erst einmal hineingehen und sehen, wie die Sache weiter verläuft und was vor allem aus dem Kinde wird.“

„n' Abend!“ grüßten die beiden beim Eintreten in die Stube.

„Ja bin auch wieder da!“ krächte Jasku hinterher.

Suscha, die von der Dienbank aufgestanden war, stand im engen Lichtreife der Petroleumlampe, die vom mittelsten Deckenbalken an einem Drahtende herunterhing. Das matte, flackernde Licht, das sie verstrahlte und verträumt blinzelte, fiel auf ihr kahles blondhaar, das es wie helles, blankes Silber schimmerte. Sie hielt den Blick gesenkt. Auf ihren Baden brannten zur Freude von Miska Moisch rote, knifflige Flecken.

„Das ist die Maad?“ fragte der Oberförster... Du hast das Kind gefunden? ... Bist ja selber noch ein Kind, aber ein verflucht feines. In deine Baden zu waden ist auch keine unangenehme Sünde... Bist überhaupt ein Mädel zum Verlieben!“

„Das schäme ich vor!“ warj Miska Moisch so fort ein. „Wenn sie wollte, hätte sie sicher an jedem Finger einen Burschen, vielleicht auch einen Hötter oder einen Gendarmen; aber sie ist tarm siebzehn und geht nicht aus dem Hause... auf keinen Tanz... zu keiner Firmes... nicht einmal auf den Jahrmarkt. Gelt, Suscha? ... Wie ihr der Schreck in die Glieder gefahren ist... Hihhi!... So... wie wenn eine Jungfer zum Kinde kommt...“

„Pieronna!“ fluchte Jasku.

„Was hast du alles Kamel zu fluchen?“ fragte der Gendarm und wußte über den bekannten polnischen Fluch, der sich im Munde des Alten lustig erhörte, hell aufzulachen.

Der verdammte Hund ist in die Stube gekommen. Sicher hat er draußen die jähne Spur vertreten. Wer hat ihn denn von der Kette losgemacht?“

Jasku trat dabei nach dem Hunde und sorgte auch dafür, daß Miska Moisch, deren Mund nicht zum Schweigen zu bringen war, einen berben Tritt gegen das Schienbein absetzte. Sie geriet in Wat und begann, mit noch größerer Augenferigkeit als vor dem ein großes Säcklein polnischer Flüße und Verleichte über den Alten auszuwühlen. Der jug ahnungslos den Kopf zuzucken; die Schulter; aber das half ihm wenig, denn Miska Moisch trommelte mit beiden Händen auf die beide Fußelmaße los, daß sie sich bis über die Ohren hob. Gann das Jasku mit emigem Schnappen Luft bekam. Der Oberförster hielt sich den rundlichen Bauch vor Lachen beim Anblick des jammervoll gebuckten und lustschlappenden Alten.

„Nun Sie kurz den Hergang!“ redete inzwischen der Gendarm an Suscha ein. Er hatte kein dießes Notizbuch be- vorzuehen, um sich Anzeigenschancen zu machen. Suscha berichtete leise und hastig. Sie hielt sich schon nach wenigen Worten an der Gintherbauern, der sehr weit auswich und erst davon sprach, wie der Herrscherspiegel abgehoben wäre.

„Da bist ein schändliches, ängstliches Kind!“ meinte der Oberförster zu Suscha und sagte sie datterlich unter das Kinn. „Gibliche Augen, das muß ich wohl sagen! Hab' ich dir nicht schon einmal in Friedrichshammer gesehen, Suscha? ... So na die Uhrzeit im vergangenen Jahre?“

„Ich hab' doch ein Auge für schande Mädel!“

„Sie finden kein schändliches Mädel, Herr Oberförster!“ meinte sie Miska Moisch wieder ein. „Und man kann's ja auch ganz ruhig sagen: Sie ist noch Jungfer, Herr Oberförster!... Jungfer!“

„Ja! Miska!“ lachte der alte Jasku, „du stößt mit dem Hintern an die gekaltete Wand! Das dein Schwanzel und Gader. Der Karl geht sehr schön los, und außerdem macht sich der gnädige Herr Oberförster aus dem Geadere solch' alten Heunen, wie du eine bist, nichts mehr. Der gnädige Herr Oberförster wirft seine Augen auf ganz andere Stater! Scherz!“

Der Gendarm hatte inzwischen eine ganze Notizbuchseite welschrieben, ohne daß ihm die ganze Sache klarer geworden wäre. Er trat jetzt an den Oberförster zu und sagte mit Achsel- zucken: „Beide at dunnle Kiste. Wir sind so weit wie am Un-“

fang. Ich glaube, es kommt überhaupt nichts heraus halt!... Das Kind war doch sicher irgendwie eingewickelt...“

„Ja! In eine alte Herbedeckel und in Leinenwindeln“, erwiderte der Bauer.

„Wo ist das Zeug?“

„Ich weiß nicht, Herr Gendarm!“ gab Suscha zur Antwort. „Wichtige Sache!“ meinte der Oberförster und sah sich im Kreise um.

Jasku rüchle die Pudelmäße in das Gesicht. Mit ausge- rissenen Augen sah er zu Miska Moisch herüber. Die zwinkerte ihm listig zu und verzog den Mund zu einem leichten Grinsen.

„Versucht!“ sagte Jasku Gintherbauer. „Natürlich die Deckel. Das ist ja das Wichtigste! Wir Woroweer kennen alle unsere Deckel.“

„Wo ist sie denn hingekommen?“

„Du denkst doch nicht etwa, ich habe sie mir ge- nommen und Fußlappen daraus gemacht? ... Geh? ... Ich gebe im Sommer und im Winter mit bloßen Füßen in den Stiefeln. An ganz kalten Tagen lege ich mir Stroh hinein. Das hält warm.“

„Ich kann meine Stiefel gleich einmal vorzeigen.“

Er rüchle die Bank aus der Diederle hervor, stellte sie an den Herd, setzte sich in seinem dicken Pelz breit und bequem auf das Brett und begann fluchend und schweigend die Stiefel von den Füßen zu ziehen. Nach vielen Mühen polterte einer nach dem andern auf die Diele. Mit spitzen Fingern hielt er einen Stiefel in die Luft: „Gud hinein, Miska, ob ich Fußlappen trage!“

Miska Moisch sagte nach dem Stiefel. Sie trat da- bei ganz nahe zu dem Alten und flüsterle ihm unhörbar zu: „Bleib mir ja vor dem Feuerloch sitzen, und wenn du dir hinten die ganze Schwarte abrennst! Die Dummköpfe!... Hihhi!“

„Sehe sie laut fort, er ist abgehärtet! Nichts wie Stroh! Eine Herbedeckel ist auch zu dick in die Stiefel.“

„Dummes Rad!“ schimpfte der Gendarm halblaut, sich dem Oberförster zuwendend. „Was wird nun aus dem Kinde?“

Der weiße Kalif Harun al Raschid sah einmal im Schatten alter Palmen und unterhielt sich mit seinen Weibern und Weisen über vieldeutige Stellen des Korans und andere nicht minder wichtige und bedeutsame Fragen. Da stürzte plötzlich der Bormelder des Großmächtigen, Sa-ra-wab, in den Garten, fiel vor die Füße des Herrschers und verkündete mit bebender Stimme, daß in den Hallen des Palastes ein blutüberströmter Mann stünde und jammern und schreien nach Einlaß be- gehrte.

„Weiß er denn nicht, Sa-ra-wab, daß ich jetzt mein wohl- verdientes Ruhestündchen halte?“ fragte der Kalif.

„Wir haben es ihm gesagt, erklärt und mit Peitschen und Stöcken zu beweisen versucht. Der Mann weicht aber nicht, o Herrscher aller Rechtsläubigen, denn er behauptet, der Tod wäre ihm außerhalb dieses Schlosses näherer als hier, falls er dich nicht zu sprechen befehle!“

„Dann führe ihn herher, Sa-ra-wab.“

Wie eine gejagte Gazelle lief Sa-ra-wab davon, um gleich darauf vor dem strengen und gerechten Herrscher wieder zu erscheinen, und zwar mit einem Mann, der wahrlich schauerlich ausah. Seine Kleider waren zerfetzt und sein Gesicht zer- trübt. Mit lautem Stöhnen warf sich der Eindringling vor die Füße des Kalifen und küßte die Erde vor seinem Sessel. Harun al Raschid aber, gepriesen sei sein Name, sagte einfach: „Sprich! Ich bin bereit, dich anzuhören!“

„Und der Mann fing an zu erzählen.“

„O Gerechtester der Gerechten!“ rief er, „ich heiße Mu- stapha Ali, und vor den Toren von Bagdad steht meine Hütte, in der ich mich dank Allahs Gnade durch mein Handwerk be- scheiden ernähre. Denn wisse, o Mächtiger, ich bin ein nicht ungeschickter Töpfer, und die Töpfe, die ich mache, sind nicht im geringsten schlechter als die von deinen Köchen und Win- zern gebraucht werden, o Großmächtiger! Dennoch verdiene ich nicht genug und muß sehr gut rechnen, um nicht zu verhungern... Denn um das Geseh zu erfüllen und um Allah nicht zu erzürnen, nahm ich mir ein Weib...“

„Wer hat dich denn so zugerichtet, du Armer!“ unter- brach der Kalif.

„Suleika, mein Weib, o Herrscher aller Herrscher!“ er- widerte Ali. „Heute hat sie die Schlauche meiner Geduld über- laufen lassen...“

„Als ich vor zwei Stunden mit ihr und meinen Töpfen durch die Straßen der Stadt zog, meine Ware ausbittend und anbietend, trat an uns eine Frau heran, kaufte sich einen schönen Topf und bezahlte ihn auch gleich, indem sie mir schweigend eine Münze in die Hand drückte und davonlief...“

„Als ich über die Hand auftrat — da war es ein Goldstück, das mir entzogen, ein Goldstück, mit dessen Wert zehn Töpfe in der Art des verkauften erstanden werden konnten. Ertröder über den Irrtum der Käuferin, wollte ich ihr nachsehen und ihr das Gold zurückgeben. Da begann Suleika zu schreien und beschwor mich, das Geld zu behalten. Sie geht schon seit langem in abgerissenen Kleidern umher, o Herrscher aller Herrscher, und ich nun die Möglichkeit, ein neues Gewand zu erwerben.“

„Ich aber ließ mein Weib reden, so viel es eben wollte, und ließ der Fremden nach und reichte ihr das Goldstück zurück. Sie aber war offenbar gerührt durch meine Redlichkeit, sah lächelnd auf meine ausgetretete, geöffnerte Hand mit der Münze darauf, und hielt sie fest zu nehmen, legte sie plötzlich noch ein ebenso wertvolles...“

„Nun sag und verständig so schnell, in der Menge, daß...“

„... trotz langer Hin- und Herreden sie nicht mehr finden konnte. Da begriff ich, daß es Allah war, der mein mühseliges...“

„... Holz und reich führte ich zu der immer noch war- tenden Sa-ra-wab zurück und erzählte ihr von der seltsamen Frei- geizigkeit der Fremden. Mein Weib aber nahm die beiden Gold- stücke, verpackte sie sorgfältig in ihrembeutel und begann hernach so heftig zu schimpfen und zu schreien, daß sich bald ein...“

„... Mergeliger um uns verjammerte. Sie be- dauerte nämlich, die Fremde wäre meine Geliebte, und sie rief alle Unrechtenden und den Propheten selbst als Zeugen an, daß sie bei mir hungern müßte. Als ich aber entrüstet ihr zu widersprechen wagte, wurde sie so zornig, daß sie mich in den Zustand versetzte, in dem du mich siehst, o Großmächtiger! Und da, in meiner höchsten Not, ließ ich zu dir, dem Besten der Erdenbewohner! Errette mich!“

„Hilf mir!“

„Als Mustapha Ali seine Geschichte beendet hatte, wandte sich der Kalif lächelnd an seine Weibre und Weisen und befohl ihnen, einen Rat zu geben, durch den dem Töpfer geholfen werden könnte. Und die Weibre und Weisen sagten, daß derselbe Koran, der die Ehe vorzöhrte, keineswegs die Scheidung verböte. Mustapha Ali aber gab sich mit dem Spruch der Weisen und Weibre nicht zufrieden und rief: „Wie soll ich mich jetzt von ihr scheiden lassen, da mir Allah die große Gnade der Vatersthat vergönnt hat!...“

„Wie kann ich jetzt die Mutter meiner Kinder verlassen! Eine so große Sünde würde mir der Himmel nicht vergeben!“

„Das nimmt die Bäuerin ins Haus“, fiel zunaehertia Miska Moisch ein, als sich alle ratlos aufsahen. „Zu diesem Hause fehlt ein Kind! Ist das nicht Gottes Finger? Geh? Wer soll denn einmal in dieser schönen Wirtschaft sitzen? Geh?“

Die Bäuerin, die bislang schweigend im NoStuhle gesessen hatte, wehrte mit einer Geste ab.

„Ihr wollt Euch also keinen Gotteslohn verdienen, Bäuerin?“ begann Miska Moisch wieder. „Ich glaube, der Gintherbauer hätte es nötig. Soll erst noch mehr über die Wirtschaft und Euch kommen? Geh? Wem's Gott so bequem macht...“

„Ich will kein fremdes Kind!“ zeterle die Bäuerin und warf einen bösen Blick auf Miska Moisch und ihren Mann. Sie wußte zu genau, wie die beiden miteinander standen. War es ganz unbenbar, daß der Gintherbauer und Miska Moisch mit der Kindesaussetzung irgendwie in Verbindung standen? Der Bauer schien die Gedanken seiner Frau zu er- raten; denn er setzte hinzu: „Meine Frau kann sich um kein Kind kümmern!“

„Ich hab's gefunden, und ich zieh's auch auf!“ warf Suscha mit leitem, aber entschlossenem Tone ein. „Wenn's dem Ginther- bauer nicht recht ist... nun... ich find' wohl zu Michaeli einen anderen Dienst. Bis dahin kann das Kind dann bei meinen Eltern bleiben.“

„Du bist ein bravcs Mädel“, lobte der Oberförster, der froh war, einen Ausweg vor sich zu sehen, „du wirst dir damit einen Gotteslohn verdienen. Und wenn's zur Taufe kommt, will ich ein Goldstück zum Festlichmaus dazugeben...“

„Und wie denkt Ihr, Gintherbauer?“

„Ich hab' nichts dawiber!“ entgegnete der und ging aus der Stube.

„Dann haben wir hier nichts mehr zu suchen“, sagte der Oberförster und winkte dem Gendarmen. (Fortsetzung folgt.)

Das einzige Mittel.

geben. Und die Weisen und Weibre berieten hin und her und einigten sich endlich darauf, daß Suleika bestraft werden müßte, und zwar derart, daß die Strafe für alle anderen Frauen Bagdads abschreckend wirken sollte. Da rief Mustapha Ali wiederan: „Oh, ihr Weisen, uneres Landes! Ein zänkisches und eifersüchtiges Weib zu strafen ist so viel, wie einen Gel zu schlagen — die Schläge steigern nur den Trost! Und mein Weib ist außerdem unheilbar eifersüchtig!“

„Nicht nur dein Weib!“ bemerkte der Kalif lächelnd, und der Töpfer fuhr fort: „O Herrscher aller Herrscher!“ rief er. „Schon könnte ich mein Leben retten und es erträglich und sogar angenehm machen, hätte ich nur so viel Geld, daß ich meine Töpferei vergrößern und ein paar Gesellen anstellen könnte! Gib mir so viel, o Weisester, und ich will dir im nächsten Jahre die doppelte Summe zurückbringen, auf daß du den Ueberschub zwischen den Armen der Stadt verteilen kannst!“

Verwundert sah Harun al Raschid seine Weisen und Weibre an, und diese schälen nicht minder erstaunt auf den Töpfer hinab, der erneut die Erde vor den Füßen des Kalifen mit der Stirn berührte. Denn niemand von ihnen begriff, wie man mit einer Anzahl Dinare der Jankucht und Eifer- sucht aus dem Wege gehen konnte, ohne dabei die Ursache dieser Plagen, das Weib, von sich zu stoßen. Der Kalif aber beschloß, es auf den Versuch ankommen zu lassen und die Bitte des Töpfers zu erfüllen. Und er gab ihm einen Beutel, dessen In- halt ausreichte, um zehn Töpfereien zu errichten.

Dann verging ein Jahr, und zur selben Zeit, am selben Tag, und zur selben Stunde, erschien Mustapha Ali wieder vor dem Antlitz Harun al Raschids. Wohlgenährt und gut gekleidet, mit glänzenden Augen stand er vor dem Herrscher und hielt ihm den versprochenen Beutel entgegen, der doppelt so viel ent- hielt, wie der Kalif ihm vor zwölf Monaten gegeben hatte. Und ohne die Fragen des Erhabenen und der wieder anwesenden Weibre und Weisen abzuwarten, begann der Töpfer zu erzählen.

„Heil dir und Dank, o Mächtiger unter den Herrschern! Hier ist das Geld, das ich dir zu bringen gelobte! Und noch einmal so viel und mehr liegt in meinem Hause! Willst du aber erfahren, wie es mir gelang, Lebensfreude und Reichum zu gewinnen, so vernimm: Ich ging mit den Dinaren, die du mir damals gabst, zu dem Fischer Abbul Hamid, der mein Vetter ist und mehrere Töchter hat. Die jüngste von ihnen aber war schön wie die zarteste Frühlinasblüte und ebenso jung! Und ich hat meinen Vetter um die Hand dieser Tochter!“

„Was?“ rief der Großwesir verwundert. „Du hast dir noch ein Weib angeschafft, obwohl du mit dem einen nicht fertig werden konntest?“

Mustapha Ali aber würdigte den Großwesir keiner Ant- wort und fuhr ruhig in seiner Erzählung fort: „Und da ich nun reich war und dein Geld hatte und auch Abbul etwas ab- gab, so erhielt ich bald seine Einwilligung, und einige Tage darauf brachte ich in mein Haus, das ich so lange nicht betreten hatte, meine zweite Frau. Und es kam alles, wie ich es mir gedacht hatte. Meine erste Frau, Suleika, sah und weinte und warke. Als sie mich aber in Gesellschaft meiner neuen Frau erblickte, begriff sie alles, und ihre Wut war so groß, daß im ersten Augenblick sogar ihre Stimme verjagte. Mit erhobenen Fäusten stürzte sie sich uns entgegen und begann um sich zu schlagen. Erst eine Weile später vermochte sie wieder zu schreien und zu schimpfen. Die Schläge aber sowie die Schelt- worte galten diesmal nicht mir, sondern meiner neuen Frau, die sich jedoch nichts gefallen ließ, sich genau so angriffs- lustig und eifersüchtig zeigte und jeden Schlag erwiderte. Ich aber ging...“

„... an den Tausenden vorbei und begann zu arbeiten. Zum ersten Male, o Herrscher, allein und in Ruhe. Und da die Weibre sich andauern konnten, tagaus, tagein, mit Ausnahme der Stunden der Zubereitung und Verteilung der Mahlzeiten, so hatte ich meine Ruhe den ganzen Tag lang. So war es mir möglich, die nötigen Erweiterungen meiner Werkstatt vor- zunehmen, tüchtige Gesellen zu finden und die Zahl meiner Er- zeugnisse sowie die meiner Kunden weit zu vergrößern. Denn, o Herrscher, ich liefere gute Ware und billig.“

„Ha, ha, ha!“ lachte bei diesen Worten der Kalif auf. „Du bist klüger, als ich gedacht habe! Herrsch dich denn nun Friede in deinem Hause?“

„In meinem Hause, o Herrscher? In meiner Werkstatt und in meiner Gegenwart herrscht immer Friede!“

Und wiederum mußte der Großmächtige über die kluge Ant- wort des Töpfers lachen, so hatte sie ihn errent. Dann aber wandte er sich an die Weisen und Weibre, die natürlich mit ihm zusammen lachten, und sagte:

„Seht! Dieser einfache Mann ist weiser als ihr alle! Denn er hat begriffen, warum der Koran uns Vielweiberei auferlegt, während die Ungläubigen, die schon auf Erden einen Teil der ihnen zutühenden Höllequalen erdulden und ertragen müssen, nur ein Weib auf Erden ehelichen dürfen!“

Gregor Jarcho.